

Unzensurierte Nachrichten aus erster Hand

DER AMPEL- HORROR



**Gemeinsam und
geschlossen für
die Zukunft!**

Grüßwort von
Gerrit Huy, MdB



**Vorstellung der
Abgeordneten**
AfD-Landesgruppe
Rheinland-Pfalz /
Saar

Ab Seite 6

Die neue Regierung **Der Ampel-Horror**



Asylwahnsinn
**Massenmigration über
Weißrussland**

Ab Seite 40



Landesgruppe RLP / Saarland
**Die Abgeordneten
stellen sich vor**

Ab Seite 22

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....Seite 3
Grußwort von Gerrit Huy.....ab Seite 4

Tagespolitik & Hintergründe

Die CDU am Abgrund.....ab Seite 16

Wahlkampfbericht zur Bundestagswahl 2021.....ab Seite 18

Soll Armut das Klima retten? - Die Energiepreisexplosion.....ab Seite 32

RLP-Umweltministerin: Werbung auf Steuerzahlers Kosten.....ab Seite 35

Am Pranger: Der Fall Kimmich.....ab Seite 38

Massenmigration über Weißrussland.....ab Seite 40

Die grüne RAF.....Seite 43

Linker Online-Mob attackiert Frankfurter Buchmesse.....ab Seite 44

Interview mit Philip Stein von „EinProzent“.....ab Seite 46

Der Ampel-Horror

Das droht Deutschland jetzt!.....ab Seite 6

Karikatur zur Ampel-Regierung.....Seite 9

So radikal ist der neue Bundestag.....ab Seite 11

Grüne Allmachtsfantasien.....ab Seite 14

Unsere Landesgruppe stellt sich vor

Nicole Höchst, MdB.....ab Seite 22

Andreas Bleck, MdB.....ab Seite 24

Dr. Christian Wirth, MdB.....ab Seite 28

Bernd Schattner, MdB.....ab Seite 30

Sonstiges

Aktiv für Deutschland - Bildergalerie.....ab Seite 26

Rätsel.....Seite 50

Abonnieren.....Seite 5

Kontakt + Impressum.....Seite 51

Vorwort

Liebe Freunde,

die „Ampel“-Regierung steht und im Koalitionsvertrag finden sich schon jetzt die Anzeichen des kommenden Grauens: Grenzenlose Migration, „Verantwortungsgemeinschaften“ statt Familien und eine alles dominierende Klima-Doktrin, die fernab des gesunden Menschenverstandes unsere fleißigen Steuerzahler bis in den letzten Winkel des Privatlebens gängeln, dominieren und abkassieren möchte.

Wir haben für Sie den aktuellen Koalitionsvertrag analysiert und widmen uns natürlich in der aktuellen Ausgabe weiteren Themen, die unser Land bewegen: Der stetig steigende, unanständige Druck auf Ungeimpfte und die ebenfalls stetig ansteigenden Energiepreise, die uns alle belasten, sind neben einigen Skandalen unserer linksgrünen Freunde im Magazin zu finden.



Außerdem ist es mir eine besondere Freude, dass die Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saar wieder mit fünf Abgeordneten in den Reihen der AfD-Bundestagsfraktion vertreten ist. Sie finden Portraits aller Mitstreiter unserer Landesgruppe in dieser Ausgabe.

Die neue Legislatur bringt neue Aufgaben, neue Rollen, aber auch neue Abgeordnete nach Berlin. Ein „neues Gesicht“ in unserer Fraktion ist Gerrit Huy, eine sehr erfolgreiche bayerische Managerin, die nun unsere Bundestagsfraktion bereichert und im Bereich Arbeit und Soziales mit Sicherheit noch für Aufmerksamkeit sorgen wird. Von ihr stammt der aktuelle Gastbeitrag und ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ich danke Ihnen für Ihre stetige Unterstützung und für das Teilen und Verbreiten meiner Inhalte auf den sozialen Medien! Lassen Sie uns auch abseits des Internets gemeinsam daran arbeiten, dass sich unsere Ideen noch weiter verbreiten. Reichen Sie mein Magazin doch nach der Lektüre gerne weiter an den ein oder anderen Arbeitskollegen, der Ihre Geisteshaltung teilt. Ich zähle auf Sie! ;-)

Herzlich grüßt,
Ihr

Sebastian Münzenmaier

Gemeinsam und geschlossen für die Zukunft

Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind Demokraten.

Das sind die ersten Sätze der Präambel des AfD-Grundsatzprogramms, heute aktueller denn je. Freie Bürger sind nicht nur die Stütze einer jeden Demokratie, sie sind die Grundvoraussetzung für diese. Doch unsere Freiheit ist in Gefahr.

Im Zuge der Corona-Krise wurden Grundrechte außer Kraft gesetzt. Mündige Bürger werden von Altparteien-Politikern diffamiert, weil sie selbst über ihren eigenen Körper frei entscheiden möchten. Das ist ein elementares Grundrecht! Durch die direkte oder indirekte Impfpflicht sind die Schleusen zu weiteren Eingriffen geöffnet.

Eigentlich müsste ein Aufschrei durch die Presse gehen, doch es hat leider den Anschein, dass viele Journalisten in der Mainstream-Presse den journalistischen Anspruch aus den Augen verloren haben und sehr einseitig berichten. Man hat teilweise den Eindruck, es fände eine Hofberichterstattung statt.

Mit Bürgerrechten verhält es sich wie mit Steuern: Was sich der Staat einmal holt, gibt er nicht mehr her. Bestes Beispiel: Die „Schaumweinsteuer!“. Sie wurde eingeführt, um die kaiserliche Kriegsmarine aufzubauen. Das Kaiserreich ging vor über 100 Jahren unter, die Schaumweinsteuer hat Bestand. Zu befürchten ist, dass die kassierten Grundrechte einen ähnlichen Weg vor sich haben. Gerade deswegen ist eine starke Opposition nötig! Wir, die AfD, waren in den letzten vier Jahren die einzige Oppositionspartei im Bundestag. Wir werden sehen, ob die Opposition in dieser Legislatur Zuwachs bekommt oder ob wir weiter die einzige Oppositionspartei bleiben. Wir werden uns weiter den Grundrechtseinschränkungen entgegenstellen und für unsere Demokratie kämpfen.



Gerrit Huy ist am 13. Mai 1953 in Braunschweig geboren und seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie war in leitenden Funktionen der Automobilindustrie (u.a. bei Mercedes-Benz) sowie als selbstständige Unternehmensberaterin tätig. Als Leiterin des Bundesausschusses für Arbeit und Soziales war Gerrit Huy an der Erstellung des AfD-Sozialkonzeptes beteiligt.

Doch nicht nur unsere Freiheit, auch die Innere Sicherheit und der Sozialstaat sind bedroht. Bedroht durch die Politik der offenen Grenzen, eine Justiz, die Kulturboni vergibt, durch eine Regierung, die illegale Migranten höher schätzt als die eigene Bevölkerung und die katastrophale Auswirkung dieser Politik auf Justiz und Sozialstaat einfach leugnet. Wer gehofft hat, die Fehler von 2015 würden sich nicht wiederholen, irrt. An der polnischen Grenze türmt sich die nächste Flüchtlingswelle auf und wieder fordern die üblichen Verdächtigen, die überwiegend jungen muslimischen Männer ins Land zu holen. Wir sind unseren polnischen Freunden dankbar, dass sie standhaft bleiben und tapfer die Ostgrenze Europas verteidigen und damit auch den deutschen Sozialstaat.

Gerade der Sozialstaat liegt mir persönlich am Herzen. Meine Motivation, mich in der AfD zu engagieren, war und ist es, den Sozialstaat zu verteidigen. Dafür und für Deutschland, aber normal, kämpfen meine Fraktionskollegen und ich jeden Tag. Ich freue mich sehr auf die kommenden vier Jahre und die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam und geschlossen für eine bessere Zukunft Deutschlands streiten werden.

Herzliche Grüße
Ihre Gerrit Huy

MÜNZENMAIERS MAGAZIN KOSTENLOS ABONNIEREN!

Sie wollen „Münzenmaiers Magazin“ regelmäßig direkt nach dem Erscheinen erhalten?

Dann **abonnieren Sie das Magazin **absolut kostenfrei** und seien Sie immer einer der Ersten, der die neueste Ausgabe in den Händen hält.**

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Münzenmaiers Magazin“ und Ihren Adressdaten an info@sebastian-muenzenmaier.de schicken.

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!

Der Ampel – Horror: Das droht Deutschland jetzt!

Am 26. September 2021 wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Während die AfD mit 10,3 Prozent ein gutes, zweistelliges Ergebnis holte und Die Linke beinahe aus dem Parlament flog, wurde die Union eindeutig für 16 Jahre unter Angela Merkel und für einen enttäuschenden Kanzlerkandidaten Armin Laschet abgestraft. Vertreter der übrigen drei Parteien werden nun die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden. Eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP – was schon auf den ersten Blick wenig erfolgsversprechend für die von der AfD geforderte Rückkehr zur Normalität klang, entpuppt sich auch auf den zweiten Blick als genau das: Uns erwartet eine Klimaideologie-getriebene, einwanderungsfanatische Bundesregierung, die die wesentlichen Anliegen der Bürger vernachlässigt. Eine Analyse des Koalitionspapiers.

Beinahe geschenkte Staatsangehörigkeit und leichtere Arbeitsmigration

Wähler, die bei der Bundestagswahl ihr Kreuz bei der FDP gemacht haben, weil sie in ihr eine konservativ-freiheitliche Partei gesehen haben, werden sich nach den Gesprächen und der Veröffentlichung des Koalitionspapiers verwundert die Augen gerieben haben.

Dort heißt es: „Wir wollen einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird.“

Die vielbeschworene sogenannte „Vielfalt“ interpretieren die drei neuen Regierungsparteien einseitig als Chance. Staatsangehörigkeitsrecht und Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollen aufgeweicht werden. „Vielfalt“ steht auch hier gleichbedeutend für den Abbau von gewachsenen Strukturen und für die Ablehnung Deutschlands als Nationalstaat.

Konkret bedeutet das hier, dass die deutsche Staatsbürgerschaft (und damit beispielsweise das Wahlrecht) noch schneller vergeben werden wird und noch weniger Voraussetzungen benötigt werden. Im Wahlprogramm der Grünen steht diesbezüglich:

„Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.“ Zudem befürworten alle drei Parteien im Koalitionspapier die Mehrstaatigkeit. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird also mehr oder weniger verschenkt und muss nicht – wie das in anderen Ländern der Fall ist – hart erarbeitet werden. Im Koalitionspapier heißt es hierzu: „Wir schaffen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht.“



Dafür werden wir die Mehrfachstaatsangehörigkeit ermöglichen und den Weg zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vereinfachen.“

Eine Einbürgerung soll schon nach fünf Jahren möglich sein, bei besonderen Integrationsleistungen sogar nach drei Jahren. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern werden mit ihrer Geburt automatisch deutsche Staatsbürger, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren einen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.

Vereinfacht wird auch der Zugang zum Arbeitsmarkt für Migranten. Wenn wir uns an 2015 zurückerinnern, kommt uns sicherlich wieder die Mär der sogenannten Fachkräfte in den Sinn, also Zuwanderer aus kulturfremden Regionen, die unserem angeblichen Fachkräftemangel entgegenwirken sollen. Ob diese „Fachkräfte“ die Qualität deutscher Arbeit steigern und wie eine mögliche Ampel-Regierung mit arbeitsunwilligen Migranten umgehen wird, bleibt ein Rätsel. Dies betreffend darf auch damit gerechnet werden, dass sich die Zahl der Abschiebungen (insbesondere aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen) noch weiter verringern wird, auch wenn im Koalitionspapier zumindest von beschleunigten Prozessen die Rede ist.

Fraglich ist, ob „Fachkräftemangel“ nicht ohnehin bloß bedeutet, dass Großunternehmen nur die Arbeitnehmer fehlen, die auch für Niedriglöhne zur Arbeit antreten.

Familienzusammenführungen, einem beschönigt benanntem Instrument der Massenzuwanderung, steht die Ampel positiv gegenüber. Diese müssten „im Sinne der Integration und der Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft gestaltet werden“. Nachziehende Personen, die Ehefrau oder Ehemann sind, „können den erforderlichen Sprachnachweis auch erst unverzüglich nach ihrer Ankunft erbringen.“ Heißt: alle kommen, und wer da ist, bleibt für immer.

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll weiterentwickelt, der Zugang für Asylbewerber zur Gesundheitsversorgung unbürokratischer gestaltet werden. Das Europäische Asylsystem soll grundlegend reformiert werden, bessere Standards für Schutzsuchende geschaffen und ein rechtsstaatliches Migrationsabkommen mit Drittstaaten geschlossen werden. Hinzu soll eine staatlich koordinierte Seenotrettung entstehen, das Ortskräfteverfahren reformiert und ein Aufnahmeprogramm für Afghanistan aufgesetzt werden. Hinzu soll es „humanitäre Visa für gefährdete Personen“ geben. Kurzum: Die Bundesregierung soll die Arbeit der Schlepper übernehmen. Der Zuwanderungsmagnet „Germany“ wird also noch stärker strahlen.

Bereits hier zeichnet sich ab: Während das Wohl der Asylanten für die zukünftige deutsche Regierung augenscheinlich eine bedeutende Rolle spielt, müssen sich deutsche Privathaushalte zunehmend mit hohen Sprit- und Strompreisen herumschlagen.

Alles fürs Klima und verantwortungslose Energiepolitik

Die Sprit- und Strompreisexplosion führt uns zum nächsten Thema: Der sogenannten „Klimakrise“ wird eine hohe Relevanz beigemessen. Das Wort „Klima“ kommt im Koalitionspapier ganze 198-mal vor, „Deutschland“ nur 144-mal.

Hierzu steht im Koalitionspapier: „[Beim Klimaschutz werden alle Sektoren] einen Beitrag leisten müssen: Verkehr, Bauen und Wohnen, Stromerzeugung, Industrie und Landwirtschaft.“ Unlängst hat Grünen-Chefin Annalena Baerbock sogar einen „verbindlichen Klimacheck“ ins Gespräch gebracht. Dieser Check würde das 1,5-Grad-Ziel zur Bedingung für alle neuen Gesetze machen. Hierzu findet sich im Koalitionsvertrag folgende Ausführung:

„Wir werden das Klimaschutzgesetz noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickeln und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen. Wir werden Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe machen, indem das jeweils federführende Ressort seine Gesetzentwürfe auf ihre Klimawirkung und die Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzziele hin prüft und mit einer entsprechenden Begründung versieht (Klimacheck).“

Diese völlig illusorischen Ansichten werden unter einer Ampel-Regierung mit großer Sicherheit in einer verantwortungslosen Energiepolitik münden, sodass die Energieversorgung Deutschlands unter Umständen nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann.

Zudem einigten sich SPD, Grüne und FDP auf einen „drastisch“ beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Dementsprechend soll vermehrt auf Solarenergie und Windkraft zu Land und zu Wasser gesetzt werden („Für die Windenergie an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden“). Gleichzeitig wird ein schnellerer Kohleausstieg anvisiert, „idealerweise“ schon bis 2030.

Auch aufgrund dieser Bestrebungen warnen Experten immer deutlicher vor einem „Blackout“, also einem flächendeckenden Stromausfall, der Deutschland bereits innerhalb kürzester Zeit ins Chaos stürzen könnte, da zum Beispiel

Gesundheits- und Lebensmittelversorgung in erhebliche Gefahr geraten würden.

Tino Chrupalla, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, bezeichnete die genannten Pläne zu den erneuerbaren Energien in einer Pressemitteilung vom 28. Oktober vollkommen zu Recht als „realitätsfremd“. So seien Sonne und Wind nicht grundlastfähig und „nicht in der Lage, unsere moderne Industrienation verlässlich und günstig zu versorgen.“ Dennoch wird dieser ideologiegetriebene Weg von den Ampelparteien gegangen, was Wohlstand und Arbeitsplätze nachhaltig gefährden könnte.

CO₂-Steuer-Wahnsinn und baldiges Ende der Verbrennungsmotoren

Zusätzlich belasten – wie bereits erwähnt – schon jetzt hohe Abgaben wie die unsäglich hohe CO₂-Steuer die Geldbeutel der Bürger. Diese wollen alle drei Parteien definitiv beibehalten. Es droht hier sogar ein deutlich schnellerer Anstieg des CO₂-Preises als bisher geplant. In Deutschland könnten also Spritpreise von weit über 2 Euro pro Liter bald die Regel werden. Im Papier heißt es hierzu: „Wir werden die staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiesektor grundlegend reformieren [...]. Dabei spielt der CO₂-Preis eine zentrale Rolle.“ Dieser soll „langfristig nicht unter 60 Euro/Tonne“ fallen.

Bezüglich des Verbrennungsmotors verweisen die koalierenden Parteien auf die Vorschläge der EU-Kommission, die ein Verbot von Neuzulassungen von Verbrennern ab dem Jahre 2035 in Europa vorsehen. Darauf müssen sich die deutschen Bürger wohl einstellen, wenn nicht sogar schon 2030. Im Vertrag heißt es hier: „[...] indem wir den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen und die Technologie des Verbrennungsmotors hinter uns lassen.“

Also wohl doch schon 2030?

Regierung im Regenbogenwahn

Ebenso wird es Veränderungen des Familien- und Abstammungsrechts geben: „Wir werden das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.“

Jahrelang bestehende Strukturen drohen zugunsten vollkommen beliebiger „Vielfalt“ verändert zu werden. Die „Ehe für alle“ scheint diesbezüglich erst der Anfang gewesen sein. Auch solche – wie die Ampel-Koalitionäre sagen – „Anpassungen“ können eine Gesellschaft nachhaltig verändern.

Das bislang geltende Transsexuellengesetz wollen SPD, Grüne und FDP abschaffen. Der Geschlechtseintrag soll per Selbstauskunft möglich sein, die Kosten geschlechtsverändernder Behandlungen müssen von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Dazu wird es einen Entschädigungsfonds für Trans- und Inter-Personen geben, „die aufgrund früherer Gesetzgebung von Körperverletzungen oder Zwangsscheidungen betroffen sind“. Für angeblich Queer-Verfolgte Personen soll es Asylverfahren geben und gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden.

Dass im Sondierungspapier explizit Maßnahmen gegen „Queer-Feindlichkeit“ angekündigt werden, zeigt, wo die wahren Interessen der drei Parteien liegen. Zu dieser vielbeschworenen Vielfalt aus Sicht der Ampel werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Gleichberechtigung von AfD-Mitgliedern im Bundestag sowie kein offener

Diskurs mit Migrations- oder Corona-Maßnahmen-Kritikern zählen.

Geplant ist auch, das Wahlalter für Bundestags- und EU-Wahl auf 16 Jahre zu verringern. Das dürfte nicht uneigennützig sein, schließlich haben die Erstwähler bei der diesjährigen Bundestagswahl am häufigsten FDP und Grüne gewählt, gefolgt von der SPD. Die AfD schnitt in dieser Gruppe bei allen im Bundestag vertretenen Parteien mit lediglich 6% am schlechtesten ab. Eigene Wählerstimmen sichern ist also sicherlich nur eines der potenziellen Motive für diese Maßnahme. Die erleichterte Wahlberechtigung für Ausländer dürfte ebenfalls dazu dienen, den Anti-Deutschland-Parteien neue Wähler aus der ganzen Welt zu erschließen.

Corona: Freiheitseinschränkungen für alle

Beim Thema Corona ist völlig unklar, was auf die Bürger unseres Landes zukommen wird. Zu beobachten ist, dass die selbsternannte Freiheitspartei FDP nicht darauf dringt, allen Menschen unverzüglich und uneingeschränkt ihre Grundrechte wiederzugeben. Stattdessen werden 3G- und 2G-Konzepte toleriert, Forderungen nach einem „Freedom-Day“ sind nur sehr vage zu vernehmen.



**BEI POLITIK FÜR DEUTSCHE
SEHEN SIE ROT!**

**GELB LEUCHTET NICHT LANG
UND WIRD DANN SCHNELL
ROT ODER GRÜN!**

**GRÜNES LICHT FÜR STEUERN,
VERBOTE UND GÄNGELUNGEN!**

Im Koalitionspapier heißt es nur: „Wir werden das Krisenmanagement der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie neu ordnen. Hierzu setzen wir unverzüglich einen gemeinsamen Krisenstab der Bundesregierung ein, um die gesamtstaatliche Bekämpfung der Corona-Pandemie besser zu koordinieren.“

Zur wissenschaftlichen Beratung wird ein interdisziplinär besetzter wissenschaftlicher Pandemierat beim Bundesministerium für Gesundheit geschaffen.“

Der Druck auf Ungeimpfte wird vermutlich auch unter der neuen Bundesregierung weiter zunehmen, was möglicherweise im Verlauf des Winters in einer Ausweitung der 2G-Regelung oder der Einführung der 3G-Regel am Arbeitsplatz münden wird. Zu letzterem äußerte kürzlich Marco Buschmann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion: Es gebe „einen Konsens, dass wir das vorantreiben wollen.“

Statt die Corona-Maßnahmen endlich in sinnvolle Bahnen zu lenken, werden die Gängelung der Ungeimpften und noch immer drastische Freiheitseinschränkungen für alle weitergehen.

Potenzielle Minister: Karl Lauterbach und Annalena Baerbock

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf die mögliche Vergabe von Ministerposten, denn auch hier droht jede Menge Ungemach. Dass Karl Lauterbach (SPD) besser kein Gesundheitsminister werden sollte, verlangt keine ausführliche Begründung. Doch auch das weitere Personal verheißt nichts Gutes: An Robert Habeck und Annalena Baerbock (beide Grüne) als Minister wird wohl kein Weg vorbeiführen, wobei es schwerfällt, sich einen Posten zu überlegen, mit

dem Frau Baerbock nicht überfordert erscheint. Habeck wird wohl der neue Wirtschaftsminister, Annalena Baerbock die neue Außenministerin Deutschlands. Dazu wird Kathrin Göring-Eckardt wohl Familienministerin.

Bei dieser exemplarischen Auswahl zeichnet sich definitiv ab: Deutschland wird die nächsten vier Jahre von Personen regiert werden, die unser Land nach innen und außen unwürdig vertreten.

Fazit: Eine Ampel–Regierung verspricht nichts Gutes

Fassen wir zusammen: Die Politik der nächsten Bundesregierung wird maßgeblich durch sogenannte Klimaschutzmaßnahmen und den Umbau Deutschlands in ein beliebiges Siedlungsgebiet gekennzeichnet sein. Hinzu könnten eine nicht vollständig sichergestellte Energieversorgung und enorme Verteuerungen an der Tankstelle resultieren. Der starre Fokus auf erneuerbare Energien könnte zudem den Wohlstand unseres Landes sowie zahlreiche Arbeitsplätze gefährden.

Die Migrationspolitik wird sehr einwanderungsfreundlich gestaltet werden. Das bedeutet: leichter Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft, zum Arbeitsmarkt, einfacherer Familiennachzug und möglicherweise sogar höhere Sozialleistungen für Asylbewerber.

Die Corona-Politik der Ampel wird mutmaßlich weiteren Druck auf Ungeimpfte durch 2G- und 3G-Regeln und bleibende Freiheitseinschränkungen beinhalten, während die so bezeichnete „Vielfalt“ in der Gesellschaft vorangetrieben werden soll.

All das verspricht nichts Gutes! Und wer FDP gewählt hat, um den Linksrutsch zu verhindern, der dürfte jetzt sein grünes Wunder erleben.

Leserbriefe

Sie sind gefragt!

Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin“?

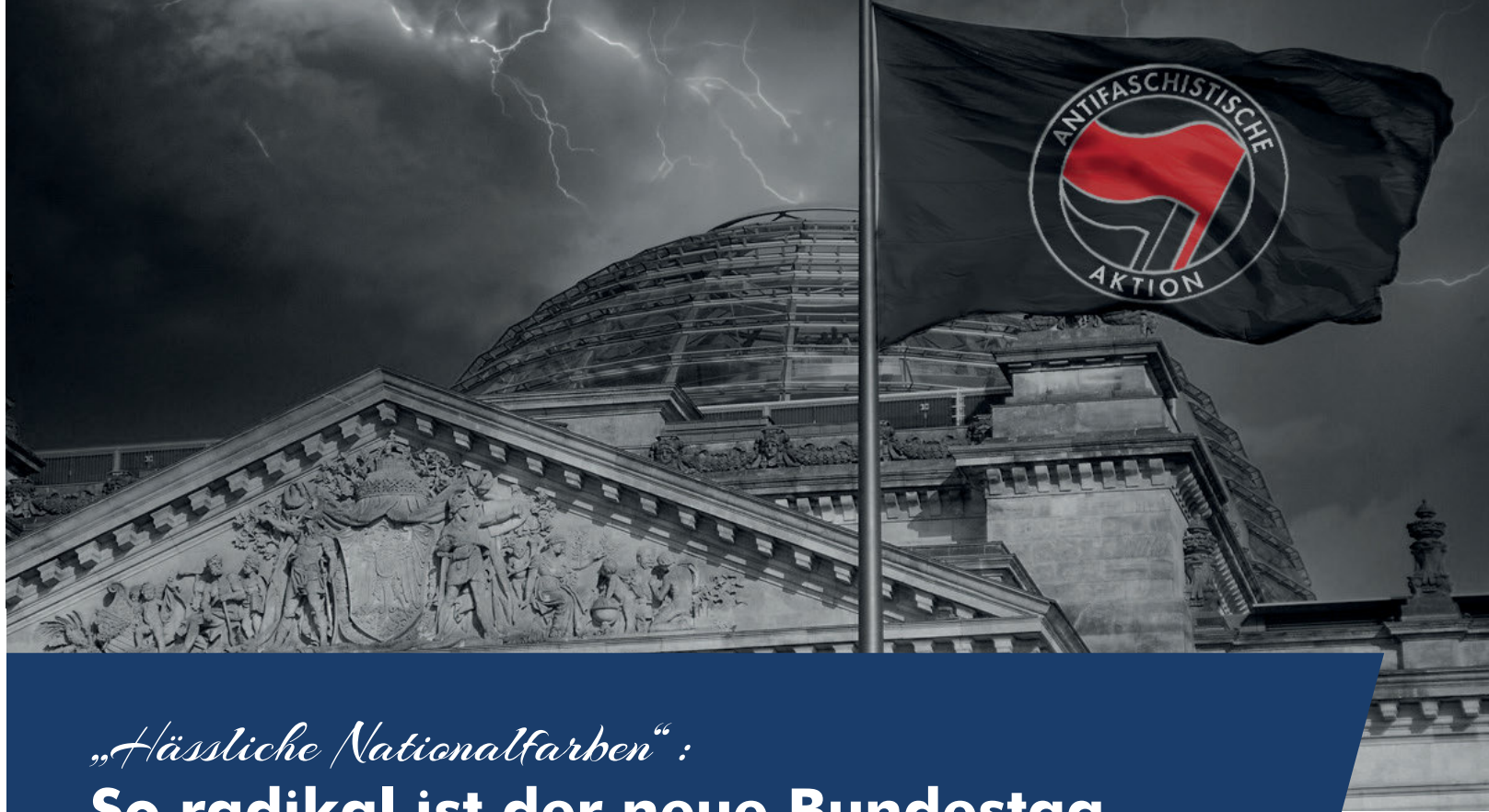
Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?



Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff:

**„Münzenmaiers Magazin – Leserbrief“
an info@sebastian-muenzenmaier.de**

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!



„Hässliche Nationalfarben“ :

So radikal ist der neue Bundestag

Schwarz. Rot. Gold.

Nicht umsonst haben die Nationalfarben unseres Landes Verfassungsrang (Art. 2 Abs. 2 GG). Immerhin stehen sie für Einigkeit, Recht und Freiheit und sollten jeden gewählten Volksvertreter der Bundesrepublik mit Stolz erfüllen. Lange haben frühere Generationen um diese Farben gerungen und alles dafür getan, dass Deutschland ein stolzes und selbstbewusstes Land wird.

Doch im neuen Bundestag herrscht offenbar das Gegenteil vor.

Die Leipziger Bundestagsabgeordnete Paula Piechotta (Die Grünen) veröffentlichte ein Foto auf ihrem Instagram-Account, dass ihr problematisches Verhältnis mit den deutschen Nationalfarben offenbart.

„Gefühlt gestern noch als GJ (Mitglied der Grünen Jugend) gegen zu viele Nationalflaggen argumentiert, jetzt musst du hier das hässlichste Festivalbändchen aller Zeiten tragen“, schrieb die Politikerin zu einem Foto, das sie mit einem Armband in Deutschlandfarben zeigt. Dieses diente als Eintrittsband für das Plenum des Bundestages, in welchem während der konstituierenden Sitzung die 3G-Regel galt.

Die Nationalfarben als „hässlichstes Festivalbändchen aller Zeiten“? Und das aus dem Mund eines gewählten Volksvertreters? Was vor einigen Jahren undenkbar schien, ist jetzt Realität. Und Piechotta ist bei weitem nicht die einzige Abgeordnete, die solch radikale und heimatfeindliche Positionen vertritt.

Von Deutschlandhass über Lockdown-Fanatismus bis zu Inzestforderungen. Eine Analyse über radikale Umtriebe im Bundestag.

Die Linkspartei: SED-Mitgliedschaft an der Tagesordnung

Mit gerade einmal 4,9 Prozent verpasste die Linkspartei eigentlich die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in den Bundestag. Doch drei Direktmandate (Berlin und Leipzig) sowie eine Sonderregel retteten die schwer angeschlagene Partei, die sich mit ihrem neomodischen Großstadt-Kurs schon lange vom alten Arbeitermilieu entfernt hat. Im Bundestag werden somit nur noch 39 Abgeordnete der Linksaußen vertreten sein, davon ein nicht unerheblicher Teil mit SED-Vergangenheit. Die prominentesten von ihnen sind Gregor Gysi (SED-Mitglied seit 1967), Fraktionschef Dietmar Bartsch (SED-Mitglied seit 1977) und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (SED-Mitglied seit 1983).

Doch nicht nur die Nähe der Linkspartei zur SED zeigt das radikale bis extrem linke Gesicht der geschrumpften Fraktion.

Der wäre zum einen Martina Renner. Die 54-Jährige sitzt seit 2013 im Bundestag und erlangte zweifelhafte Berühmtheit, als sie am Bundestagmikrofon am Ende einer Rede der bisweilen linksextremistischen und gewaltbereiten Antifaszene für ihre Taten dankte. Immerhin erhielt sie wegen des Tragens eines Antifa-Stickers am Revers einen Ordnungsruf. Auch Sevim Dagdelen sitzt schon länger im Hohen Haus, immerhin seit 2005. Immer wieder macht sie mit Sympathiebekundungen für radikale Gruppierungen auf sich aufmerksam. 2016 irritierte die heute 46-Jährige in der Sendung bei Anne Will mit einer unterstützenden Haltung für die in Deutschland als Terrororganisation eingestufte PKK, die sogenannte „Arbeiterpartei Kurdistans“. 2017 sorgte Dagdelen für einen Eklat im Bundestag, als sie die in Deutschland umstrittene Flagge der syrischen Kurdenmiliz „YPG“ enthüllte.

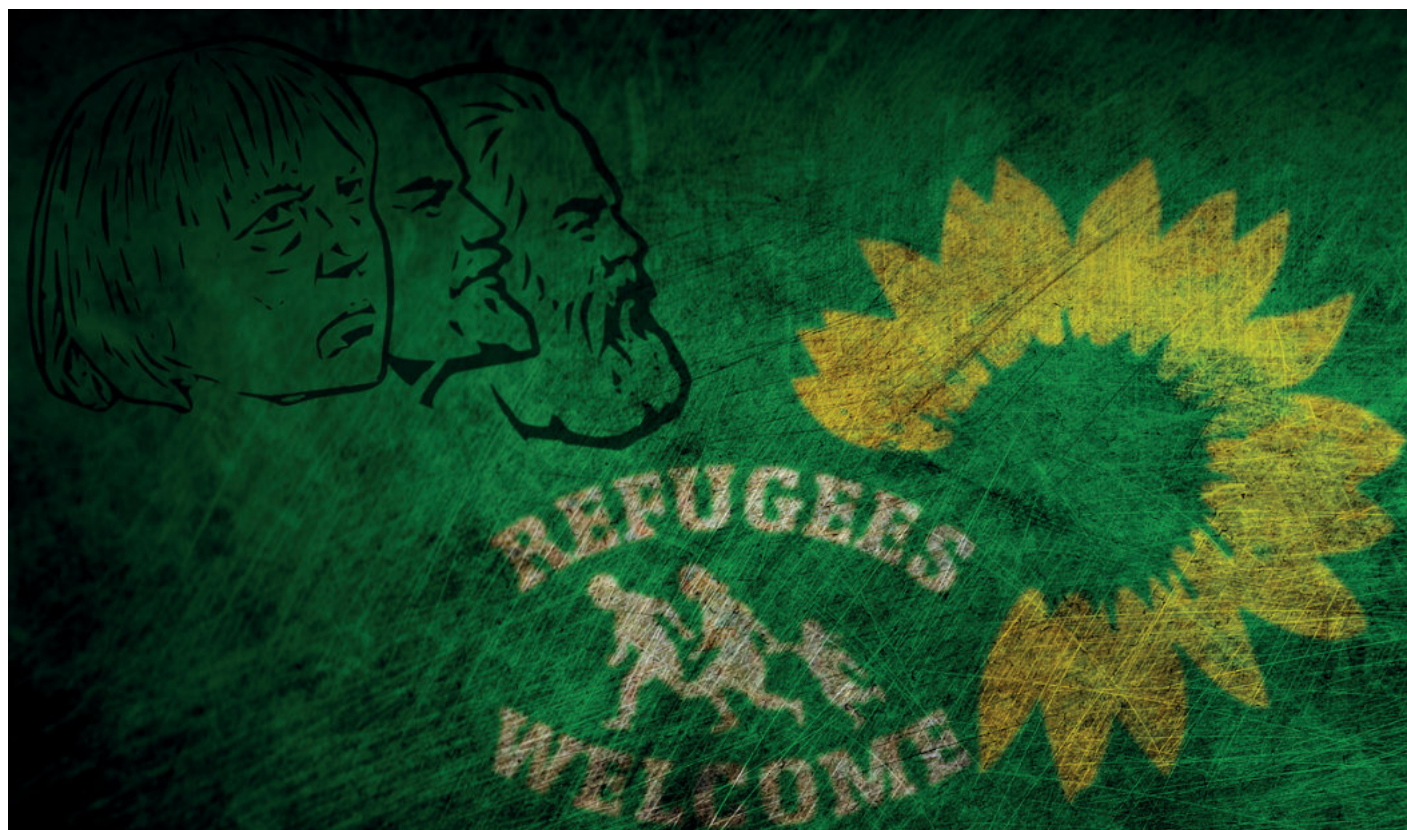
An der Spitze der abgehalfterten Linkspartei stehen mittlerweile Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, die beide ebenfalls in den Bundestag eingezogen sind. Wissler war lange Mitglied im trotzkistischen Netzwerk „Marx 21“, dass sie erst aufgrund ihres Aufstiegs zur

Parteivorsitzenden verließ und sich nie glaubhaft distanzierte. Hennig-Wellsow ist bislang insbesondere durch ihr unverschämtes Auftreten und völliges Unwissen aufgefallen. So warf die 44-Jährige dem frisch gewählten Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) einen Blumenstrauß vor die Füße und blamierte sich in mehreren TV-Shows, als sie bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und sogar der eigenen Steuerpolitik gehörig ins Straucheln kam. Bundesweit lächerlich machte sie sich zudem, als sie in der Talkshow von Markus Lanz äußerte, die angeblich von AfD-Politikern im Thüringer Landtag an den Tag gelegte „übertriebene Freundlichkeit“ sei eine „Methode der Nazis“.

Grüne: Migrationsfreude und Deutschlandhass

Doch nicht nur auf der Oppositionsbank, auch in der neuen Ampel-Regierung findet sich radikales Personal der fragwürdigsten Klientel.

Da wäre in den Grünen-Fraktion beispielsweise Canan Bayram. Die Rechtsanwältin sitzt seit 2017 im Bundestag und zeigte in der Vergangenheit deutliche Sympathien für die extrem linke Hausbesetzerszene in Berlin. Als eine Räumung des von Linksextremisten besetzten Hauses in der Liebigstraße in Berlin-Friedrichshain



drohte, bezeichnete die Grünen das völlig heruntergekommene und mit Fallen versehene Haus in einem Brief an den regierenden Oberbürgermeister Müller als einzigartigen Schutzraum und solidarisches Zuhause für Frauen und Trans-Personen. Zudem soll die 55-Jährige die Polizeiführung bei Demonstrationen in Berlin massiv beeinflusst und Druck auf die Beamten ausgeübt haben.

Stellvertretend für eine weit verbreitete Deutschland-Verachtung steht Grünen Co-Chef Robert Habeck, der Vaterlandsliebe stets zum Kotzen fand: „Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Meine Damen und Herren, sehr wahrscheinlich der neue Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland. Generell ist bei den Grünen insbesondere eine Haltung verbreitet: Heimatrecht für Deutsche? Gibt es nicht!

SPD: Hardcore–Jusos und Lockdown–Lauterbach

Bei den SPD-Roten, die wohl bald den neuen Bundeskanzler stellen, findet sich ein buntes Potpourri an interessanten Persönlichkeiten.

Neu im Bundestag ist Ex-Juso Chef Kevin Kühnert. Vor einigen Jahren brachte der heute 32-Jährige eine Enteignung von BMW ins Spiel, noch unter seiner Führung solidarisierte sich die SPD-Jugendorganisation Jusos mit der palästinensischen Fatah-Jugend.

Weiterhin im Bundestag vertreten ist Parteichefin Saskia Esken, die sich schon offen mit der linksradikalen Antifa solidarisierte. Distanz von militanten Milieus sieht anders aus.

Laut der neuen Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz ist eine spezifisch deutsche Kultur, jenseits der Sprache, „nicht identifizierbar“.

Und natürlich ist der Corona-Lautsprecher der Nation, Karl Lauterbach, auch wieder im Bundestag mit dabei.

FDP: Alle elf Minuten verliebt sich ein Junger Liberaler in seine Schwester

Doch nicht nur im linken Lager, auch im angeblich „bürgerlichen“ Milieu der FDP sind nun Abgeordnete im Bundestag vertreten,

die fragwürdige Positionen vertreten. So sitzt für die Liberalen Jens Teurine im Bundestag, der Ex-Vorsitzende der Jungen Liberalen, der Jugendorganisation der FDP. Diese fordert, den Paragraphen 173 StGB (Strafgesetzbuch), das Verbot des Beischlafs mit Verwandten, abzuschaffen.

Im Jahr 2020 wurde die aufsehenerregende Forderung wieder präsent, als die Jungen Liberalen auf ihrem Twitter-Kanal begründeten, weshalb sie diese Position vertreten.

Inzest solle nicht mit einer Freiheits- oder Geldstrafe bestraft werden, so die Nachwuchs-Lindners, da es bei diesem „Verbrechen“ keine Opfer gebe. Außerdem falle der Geschlechtsakt zweier Personen in die Privatsphäre und gehe den Staat nichts an.

Zur Erinnerung: Der Ex-Chef dieser Schwesterliebenden Truppe sitzt jetzt im Bundestag. Zusammen mit Grünen, die die deutschen Nationalfarben verachten. Und natürlich mit der SED-Nachfolgepartei der „Linken“ sowie zahlreichen SPD-Politikern, die der radikalen Antifa für ihre Umtriebe danken. Ob damit auch die vielen systematischen Angriffe auf Oppositionspolitiker gemeint sind?

„Dem Deutschen Volke“ werden diese Abgeordneten jedenfalls nicht dienen.



NEWSLETTER 

Jetzt anmelden unter:
www.sebastian-muenzenmaier.de

ALLMACHTSFANTASIEN?

„Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln.“

Grünen-Landeschefin Detzer zeigt wahres Gesicht

Die neu in den Bundestag eingezogene Sandra Detzer (Grüne), die gleichzeitig Landeschefin der Grünen in Baden-Württemberg ist, hat in einem Gastbeitrag in einer großen deutschen Tageszeitung mit demokratiefeindlichen und überheblichen Aussagen auf sich aufmerksam gemacht. Die 41-Jährige erweckt damit den Eindruck, als sei jedes Mittel recht, um ein übergeordnetes Ziel wie die „Rettung des Planeten“ zu erreichen.

Grünen-Landeschefin Sandra Detzer mit Allmachtsfantasien?

Schon die Überschrift des Artikels zeigt den Tenor desselbigen deutlich auf: „Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln.“ Ein Satz, der nur so vor Demokratiefeindlichkeit und Allmachtsfantasien strotzt und der in einem Rechtsstaat durchaus die Judikative auf den Plan rufen müsste.

Doch die neue Bundestagsabgeordnete Sandra Detzer hat es sich zum Ziel gesetzt, „Klimaschutz“ zu betreiben. Es hat den Anschein: koste es, was es wolle. Denn die grüne Landeschefin in Baden-Württemberg möchte „mit aller uns dann zur Verfügung stehenden Macht gestalten“ und ist sich voller Überzeugung sicher: „Uns Grüne [wird] an der Regierung (...) nichts mehr aufhalten können.“

Diktieren statt Koalieren?

Gleichzeitig schwadroniert die 41-Jährige von „historische[n] Chancen“ einer „Fortschrittsregierung“ und vertritt die Auffassung, dass die kommende Bundesregierung auf die Konzepte, Ideen und den Elan der Grünen angewiesen wäre. Diese Idealisierung der eigenen Position wird auch in den Passagen deutlich, in denen die grüne Bundestagsabgeordnete den potenziellen Koalitionspartner FDP attackiert: Diese werde „wieder zurückstecken müssen“. Beim Thema Corona wolle man „sich nicht an den gut gemeinten Freiheitsbekundungen der FDP stören“.

An anderer Stelle heißt es bezüglich der Energiewende: „Wir werden die bisherige Verweigerungshaltung des Wirtschaftsministeriums beenden (...)“. Verhandeln werden die Grünen laut Detzer auch nicht, „welche Dörfer noch für den Braunkohleabbau verschwinden sollen und welche nicht.“ Zu beachten ist hier jeweils besonders das Wort „werden“, denn anscheinend geht es der grünen Partei nicht um Kompromisse, sondern um gnadenloses Diktieren.

„Wir werden an anderer Front gewinnen“

Auch militärisches Vokabular darf in dem Gastbeitrag der Landeschefin der Grünen in

Baden-Württemberg nicht fehlen. In der zweiten Hälfte des Artikels schreibt die 41-Jährige: „(...) Wir werden an anderer Front gewinnen.“ Demokratische Aushandlungsprozesse werden hier mit Kriegsbegriffen beschrieben, eine weitere kaum zu glaubende Entgleisung.

Schmunzeln darf der aufmerksame Leser gegen Ende des Beitrags. Dort steht zur Verteidigung der Grünen-Chefin Annalena Baerbock unter anderem geschrieben: „Schon jetzt wäre eine Ampel ohne sie gar nicht vorstellbar, denn sie hätte keine Frau an ihrer Spitze.“ Das Geschlecht – so scheint es – als wichtige Qualifikation für die Regierungsbeteiligung.

Letztlich klingen all diese Äußerungen nicht nach demokratischem Ringen um das beste Argument, sondern nach absolutem Anspruch, durchregieren zu wollen. Menschen, denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit etwas wert sind, werden nach dem Lesen des Gastbeitrags sprachlos zurückbleiben.

Eins sollte jedoch sicher sein: Wer an der Macht nicht mehr verhandeln will, gehört nicht in ein demokratisches Parlament und schon gar nicht auf die Regierungsbank.



Auf meiner Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

www.sebastian-muenzenmaier.de/muenzenmaiers-magazin



Selbstverschuldete politische Insolvenz: **Die CDU am Abgrund**

Als am 26. September die Balken der Unionsparteien bei den ersten Prognosen in die Höhe steigen, bleibt es im Konrad-Adenauer-Haus mucksmäuschenstill.

Die ersten Auswertungen sehen die Unionsparteien zusammen bei 24 bis 25 Prozent, am Ende der Auszählung werden es 24,1 Prozent sein. Was für ein Schlag für die ehemalige Volkspartei, die über Jahre im Schatten von Angela Merkel in die Identitätslosigkeit abdriftete - und nun auch immer mehr in die politische Bedeutungslosigkeit schlittert. Eine andauernde Anbiederung an den linksgrünen Zeitgeist bringt eben keine neuen Wähler – doch auch das scheint immer noch nicht bei den Christdemokraten angekommen zu sein.

Über eine Partei, die über Jahre ihren eigenen Untergang selbst herbeiführte. Und in der Neuaufstellung wieder die gleichen Fehler macht wie die letzten sechzehn Jahre.

Eurokrise: Zum ersten Mal gegen den Wählerwillen

Die Zeiten der großen Volksparteien sind vorbei. Mit etwas über 25 Prozent der Wählerstimmen kann man mittlerweile eine Bundestagswahl gewinnen und eine Bundesregierung anführen. Das ist wohl die einzig gute Nachricht für die Unionsparteien, denn alte Werte um 35 bis 40 Prozent scheinen derzeit so weit entfernt, wie Armin Laschet vom Kanzleramt.

Bei der Bundestagswahl wurde offensichtlich, was vielen abgewanderten Wählern schon in den vergangenen Jahren sauer aufgestoßen war: Die

Partei agierte kontinuierlich gegen den Willen der eigenen Wähler und entfremdete sich von einem konservativen Leitbild hin zu immer linkeren Positionen.

Die Eurokrise lieferte ein erstes eindrucksvolles Beispiel dieser St. Martins-Politik, die zwar für viele andere Staaten auf der Welt deutsches Steuergeld bedeutet, dem normalen Bürger das Geld jedoch gnadenlos aus der Tasche zieht. Unvergessen ist Merkels Redebeitrag vom 19. Mai 2010 im Deutschen Bundestag, als sie im Zuge der Euro-Krise von einer „existenziellen Bewährungsprobe für Europa“ sprach. In ihrer damaligen Regierungserklärung zu Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro sagte Merkel: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Die geplanten Maßnahmen, meinte sie damals, seien „alternativlos“.

Der Euro-Schutzschirm mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro müsse gespannt werden, Deutschland solle 123 Milliarden Euro dazu beitragen. Am Ende stand eine unvergleichliche Investition, die bis in die heutige Zeit ihre Schatten wirft. Aus der Unzufriedenheit der Bürger mit der fortlaufenden Europapolitik entwickelte sich 2013 schließlich eine neue Partei, die mittlerweile nicht mehr aus dem Bundestag wegzudenken ist: die AfD.

Aussetzung der Wehrpflicht, gleichgeschlechtliche Ehe, Migrationskrise: Aus schwarz wird grün

In den folgenden Jahren passte sich die völlig entkernte CDU dann immer mehr einem



linksgrünen Zeitgeist an. 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, 2015 kam die Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare. Den Höhepunkt erreichte der dramatische Linksruck der Partei dann zur Flüchtlings- und Migrationskrise. Millionen Migranten kamen ohne jede Kontrolle in unser Land, die innere Sicherheit nahm massiv ab. Und die CDU versuchte kontinuierlich, das Thema totzuschweigen. Nur ein Beispiel: Beim jüngsten Anschlag in Würzburg erstach ein Somalier drei Frauen. Kein Politiker der CDU besuchte die Gedenkstätte für die Ermordeten.

Röttgen, Braun, Merz: 16 Jahre ruhig, jetzt große Klappe

Die verkorkste Bundestagswahl sollte nun so etwas wie ein Neubeginn für die CDU sein. In Windeseile wurde eine Versammlung der Kreisvorsitzenden in Berlin einberufen, Hotel und Verpflegung alles inklusive. Schnell wurde klar: Eine Hinterzimmer-Runde um den Parteivorstand, die den wenig beliebten Armin Laschet aufs Kanzlertablett hievte, sollen der Vergangenheit angehören. Schnell lichtete sich das Kandidatenfeld für eine Mitgliederbefragung in der personell ausgezehrten CDU. Ex-„Muttis Liebling“ Norbert Röttgen, Kanzleramtsminister Helge Braun und der schon zweimal bei der Wahl zum Parteivorsitz unterlegene Friedrich Merz möchten die Nachfolge des glücklosen Kanzlerkandidaten aus Nordrhein-Westfalen antreten.

Doch kann es mit einem von diesen drei eine personelle und inhaltliche Erneuerung der CDU geben?

Nein.

Wo waren diese drei Herren, als Angela Merkel das Land immer weiter nach links führte? Der sich als großer Rebell aufspielende Dauer-Verlierer Friedrich Merz zog sich über Jahre in gut dotierte Aufsichtsratsposten zurück und verschwand von der politischen Bühne. Sein eigenes Ego schien dabei wichtiger als das politische Wohlergehen des Landes. Mit viel Tamtam kehrte Merz 2018 zurück, um nach seiner Niederlage um den Parteivorsitz gegen Annegret Kramp-Karrenbauer erneut beleidigt unterzutauchen.

Mittlerweile versucht es Merz zum dritten Mal – und biedert sich dabei selbst immer mehr dem linksgrünen Zeitgeist an. Schon zum innerparteilichen Wahlkampf gegen Armin Laschet ließ sich Merz mit einem grünen Anzug ablichten – und meinte, schwarz-grün säße längst am Frühstückstisch. Bei den anhaltenden Corona-Maßnahmen setzt der 65-Jährige auf das Gegenteil der Freiheit – und möchte Ungeimpfte gezielt vom öffentlichen Leben ausschließen.

Kanzleramtsminister Helge Braun ist wohl der Überraschungskandidat der Runde. Dieser gilt als enger Merkel-Vertrauter und wird ihren linksliberalen Grünen-Kurs weiter fortsetzen. Nicht überraschend berief er Serap Güler in sein Team, die ehemalige Staatssekretärin für Integration aus Nordrhein-Westfalen. Norbert Röttgen agiert ähnlich wie Braun. Er möchte die moderne Mitte und den Klima-Wettbewerb mit den Grünen aufnehmen.

Klingt das alles nach Aufbruch? Nein. Die CDU geht weiter dem Abgrund entgegen.



Ein Wahlkampfhelfer berichtet:

Neun Wochen Wahlkampf – Tagebuch

Bericht eines Wahlkampfhelpers

Ich habe diesen Wahltag verflucht. Dieses verdammte Warten, Hoffen und Bangen. Dieses Gefühl, dass sich die ganze Mühe des über Wochen andauernden Wahlkampfes nicht gelohnt haben könnte. Und dann die dreimalklugen Kommentare von irgendwelchen Journalisten aus dem Berliner Elfenbeinturm, die alles viel besser wissen.

26. September, später Nachmittag.

Die Spannung in der Halle in der Mainzer Oberstadt ist an diesem Bundestagswahlsonntag greifbar. Die Sitzreihen sind schon gegen 17 Uhr gut gefüllt, auf den Tischen stehen Bier, Cola und Wein. Der ein oder andere Gast hat sich schon am Büffet im Vorraum bedient und isst eine Bulette oder ein Schnitzel, dazu gibt es leckere Salate. Gute Hausmannskost. Am Rand der Halle unterhalten sich einige Mitglieder in einzelnen Gruppen.

Gerade als ich sitze und einen kleinen Schluck Limonade getrunken habe, schaue ich auf mein Handy. Schon viertel vor sechs. Noch 15 Minuten bis zur ersten Prognose. Eine WhatsApp-Nachricht meiner Mutter bringt mich zum Lächeln. „Ich habe es getan“ steht da, und ich weiß, dass sie heute unserer Partei ihre Stimme gegeben hat – obwohl sie schon seit mehreren Jahren CDU-Mitglied ist.

Kurz vor 18 Uhr werden alle Gäste gebeten, sich in Richtung Bühne und damit vor die Leinwand zu begeben. Auf der rechten Seite der Halle stehen die Medienvertreter mit ihren Fernsehkameras. Sie wollen die Reaktion der Mitglieder auf das Ergebnis einfangen. Vor der Bühne sammeln sich die Menschen. Die Augen der Parteimitglieder starren gebannt auf die große Leinwand. Noch stehen die ZDF-Moderatoren da und kündigen die erste Prognose an, die gleich über die Bildschirme flattern soll. Die Spannung ist hoch. Man hört kaum einen Mucks außer dem Gerede der öffentlich-rechtlichen Ansager.

Und dann ist es endlich so weit. Es ertönt der berühmte Gong, die Balken steigen. Der schwarze Balken der Union bleibt in früher nicht für möglich gehaltenen Dimensionen stehen, der rote Balken der SPD steht ganz leicht davor. Unverdienter Balsam auf die sozialdemokratische Seele, hatte die Partei doch seit Jahren berechtigterweise immer nur verloren.

Doch so richtig wahr nimmt das hier keiner. Es sind noch wenige Sekunden ...

Mainz, 26. September, 18 Uhr.

... und dann kommt der blaue Balken. „Komm schon!“, denke ich, bevor sich das Blau nach oben bewegt. Er steht gar nicht so niedrig, wie ich befürchtet hatte. Beim ZDF 10 Prozent, bei



der ARD 11 Prozent laut der ersten Prognose. Der Applaus im Saal ist gelöst. Zum dritten Mal angetreten, zum zweiten Mal zweistellig. Das wäre doch was!

Ich schaue mich um und sehe recht zufriedene Gesichter. Hoffentlich bleibt das so. Diese verdammte Briefwahl kommt ja noch dazu!

Trotzdem atme ich erstmal erleichtert auf und klatsche in meine Hände. Mein erstes Zufriedenheitsgefühl wird von einsetzendem Jubel unterbrochen. Ich drehe mich verduzt zur Leinwand. Während ich durchgeschnauft hatte, wurde auf SWR Rheinland-Pfalz umgeschaltet. Und in unserem Bundesland stehen wir bei 10,0%! Fast zwei Prozent mehr als zur Landtagswahl. Ein schöner Erfolg. Aber die Briefwahl kommt ja noch. Also nicht zu hoch stapeln und den Abend abwarten.

Knapp 3 Monate vorher, Ende Juli, in einem Vorort von Mainz.

Ich beziehe meine Unterkunft für die nächsten Wochen, die anstrengend werden. Ein Freund, der glücklicherweise sein Gästezimmer zur Verfügung stellt, empfängt mich herzlich. Nach ein paar Telefonaten richte ich mir mein kleines Büro ein, das aus einem Schreibtisch, meinem Laptop, einem WLAN-Verstärker sowie Infobroschüren und dem Wahlprogramm unserer Partei besteht. Glücklicherweise ist der nächste Supermarkt nur 2 Gehminuten entfernt. Die Grundversorgung an Energy-Drinks, Tiefkühlgerichten und Süßigkeiten für lange Nächte dürfte also gesichert sein.

Ich kann vorwegnehmen, die Wahlkampfzeit ist nicht die gesündeste Zeit. Viel Fast-Food, viele Termine, viel sitzen. Ich weiß nicht genau, wie viele Kilometer wir durch Rheinland-Pfalz gefahren sind, wie viele Stunden ich insgesamt am PC oder dem Handy verbracht habe, wie viele Flyer wir ausgeteilt haben und mit wie vielen Bürgern wir an den Infoständen ins Gespräch gekommen sind. Es war eine Zeit wie im Tunnel. Aufstehen, Laptop an, telefonieren, Termine mit unseren Kandidaten wahrnehmen. Durchs Land fahren. Die Pressespiegel laufen rauf und runter, die Live-Ticker und Eilmeldungen überschwemmen das Handy.

Und natürlich werden jeden Tag die Umfragen gecheckt. Wie stehen wir? Was man im Rückblick festhalten kann ist, dass wir während der gesamten Wahlkampfzeit in unseren Werten stabil blieben. Wir pendelten zwischen zehn und zwölf Prozent, also mehr als während des Corona-Winters, wo wir überall einstellig standen.

August und September: Wochen wie im Tunnel

Unser digitaler Wahlkampf mit Online-Werbung bei Google und YouTube, die umfangreiche Bespielung der Social-Media-Kanäle nach einem klaren Konzept, der Besuch von Veranstaltungen mit unseren Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen und das Abhalten von Infoständen beginnt ab Ende Juli. Schon Mitte August beginnen die Briefwahlen, bis dahin müssen die Bürger schon überall wahrgenommen haben, dass wir aktiv sind.

Wahlkampfauftakt in Ludwigshafen

Nach Wanderungen, Stammtischen und Infoständen in ganz Rheinland-Pfalz findet der offizielle Wahlkampfauftakt schließlich in Ludwigshafen am Rhein statt. Die Listenkandidaten sind bereits vor Ort und unser Spitzenkandidat Tino Chrupalla ist ebenfalls mit großem Team angereist. Zuerst gibt es für unseren Gast aus Görlitz eine „Münzenmaiers Schorle“, eine Weinschorle aus der Dose mit dem Bild unseres Spitzenkandidaten aus Mainz darauf. Wir sind ja schließlich in Rheinland-Pfalz!

Mittlerweile sitzen Sebastian Münzenmaier, Tino Chrupalla und die Teammitglieder im Wahlkampfbus, der bei über 30 Grad Außentemperatur natürlich nicht klimatisiert ist. Während uns die Polizei den Weg durch die Ludwigshafener Innenstadt bahnt, werden unsere Spitzenkandidaten vom Social-Media Team der AfD-Bundesgeschäftsstelle interviewt. Natürlich knallt die Tür des kleinen Kühlschranks an Bord mitten im Gespräch auf und verteilt die Getränke über den halben Fahrzeugboden. Die Stimmung im Bus bleibt trotzdem ausgelassen. „Hoffentlich gibt es am Europaplatz in Ludwigshafen noch Getränke“, denke ich und mache ein paar Fotos und Videoaufnahmen von Sebastian und Tino, die sich den Schweiß aus den Gesichtern wischen.



Zu unserem großen Glück hält der Wahlkampfbus auf dem Europaplatz in Ludwigshafen im Schatten, wo uns schon ein Kamerateam des SWR empfängt, das uns auch am Abend nach Idar-Oberstein zur nächsten Großveranstaltung begleiten wird.

Die Kundgebung in Ludwigshafen verläuft an diesem schweineheißen Tag eher enttäuschend, so ehrlich muss man sein. Nur wenige unserer Anhänger sind auf den Europaplatz gekommen, vielleicht ist es einfach zu warm.

Die Veranstaltungen im Wahlkampf verbreiteten allgemein sehr gute Stimmung. Es gibt echte Highlights, wie den Besuch unseres Ehrenpräsidenten Dr. Alexander Gauland in Schwabsburg oder den Auftritt unserer Spitzenkandidatin Dr. Alice Weidel in Neustadt an der Weinstraße vor mehreren hundert Menschen. Das war AfD-pur.

Ebenfalls in Erinnerung bleiben wird die geniale Abschlusskundgebung auf dem Stiftsplatz in Kaiserslautern. Als es „AfD, AfD!“ über den Platz klingt, habe ich Gänsehaut.

Das sind diese Momente, in denen man sich wieder erinnert, warum man das alles hier macht.

Die SWR-Spitzenrunde

Einer der wichtigsten Medientermine eines jeden Wahlkampfes sind die TV-Duelle, bei denen sich die Spitzenkandidaten der Parteien den Fragen der Moderatoren und der politischen Kontrahenten stellen. Morgen steht die SWR-Spitzenrunde an, an der auch Sebastian Münzenmaier teilnehmen wird. Ein entscheidender Termin, um sich noch einmal einem großen Publikum zu präsentieren und die letzten Unentschlossenen von unserer Bürgerpartei zu überzeugen.

Eine Stelle, die unsere Wahlkampfmitstreiter in den Social-Media-Kanälen posten, sorgt für Wirbel. „Wir haben in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem!“ schießt in den sozialen Netzwerken völlig durch die Decke. Statt 630 Millionen Euro nach China zu überweisen, könnte doch lieber der Stadteiltreff in Gonsenheim versorgt werden, so Sebastian Münzenmaier.

Bis heute hat der Kurz-Clip allein bei Facebook über eine halbe Millionen Menschen erreicht.

Ein starker Auftritt. Die Wahl kann kommen.

Mainz, 26. September, gegen 18.30 Uhr.

Ich hänge am Handy und uploade fast minütlich die neuen Hochrechnungen. Der schlimme Absturz nach der ersten Prognose, wie noch bei der Landtagswahl, bleibt aus. Durchatmen.

Mit jeder Minute mehr kristallisiert sich heraus: Irgendwas zwischen zehn und elf Prozent wird es bundesweit werden. Nicht überragend, aber gut. Die Fernseh-Runde in der SWR-Wahlarena ist anschließend ein schlechter Witz. Genau einen Wortbeitrag darf unser Spitzenkandidat Sebastian Münzenmaier machen, während die anderen Kandidaten viel Gelegenheit bekommen, ihre üblichen Phrasen an das Publikum zu bringen. Der Gratis-Kaffee im Vorraum und die stabilen Hochrechnungen machen die Situation erträglicher.

Je länger der Abend wird, desto mehr rückt die Frage in den Vordergrund, ob die AfD Rheinland-Pfalz mit vier Bundestagsabgeordneten ins Hohe Haus einziehen wird oder nicht. Waren die Hochrechnungen am Anfang stabil und immer zweistellig, trudeln jetzt langsam die Ergebnisse der großen Städte des Südwestens ein. Und die ziehen uns bekanntermaßen immer nach unten. Nervös stopfe ich mir ein Schnitzel und eine halbe Frikadelle rein, die etwas zu aufdringlich nach Knoblauch schmeckt. Die meisten Leute findet man mittlerweile im Raucherbereich, wo neben den Glimmstängeln auch die Handys glühen. Die Anzahl der gerauchten Zigaretten verläuft parallel mit den Hochrechnungen, die minütlich über die Bildschirme flimmern.

Irgendwann gegen 23.30 Uhr ist es genug. Mit einigen Parteifreunden gehe ich noch in die Stadt, ein Bier trinken. Was jetzt in den Wahlbüros passiert, das liegt nicht mehr in unserer Hand. Das kühle Bier schmeckt, zumal nach den Anstrengungen der vergangenen Wochen. Es werden einige Biere an diesem Abend. Irgendwann komme ich in meiner Unterkunft an, falle in mein Bett und eine WhatsApp-Nachricht meiner Mutter zaubert mir nochmal ein Lächeln ins Gesicht: „Toll, dass ihr euch so etabliert habt!“

Montag, 27. September, 7:30 Uhr.

Wahltag? Ich hasse sie immer noch.

Aber ich würde sie auch vermissen, gäbe es sie nicht. Denn da gibt es dieses Gefühl am nächsten Morgen, dass sich die Mühen, die man die vergangenen Wochen auf sich genommen hat, gelohnt haben. Klar ist nicht alles perfekt gelaufen, klar hätten wir gerne zwei bis drei Prozent mehr gehabt. Aber unser Ziel haben wir erreicht. Zweistellig im Bund und vier Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz im 20. Deutschen Bundestag. Oder nicht?

In der Nacht zuvor war noch gar nicht klar, ob wir wirklich vier Abgeordnete aus unserem Bundesland nach Berlin entsenden werden. Mein Kopf schmerzt noch wegen der Biere, die wir uns in der Nacht gegönnt hatten. Trotzdem fährt mein Puls ganz schön schnell hoch. Haben wir uns zu früh gefreut? Ich greife nach meinem Telefon, das ich glücklicherweise auch leicht betrunken ans Ladekabel gehängt hatte. Das Handy-Display leuchtet viel zu hell, als ich den Code eingebe und auf die Seite des Bundeswahlleiters klicke. Amtliches Endergebnis im Bund: 10,3 Prozent. Puh, zweistellig geblieben, trotz dieser verdammt hohen Briefwahlquote. Mein Puls beruhigt sich. Ich drücke auf die Seite, auf der die Kandidaten veröffentlicht werden, die über die jeweiligen Landeslisten in den Bundestag eingezogen sind.

Baden-Württemberg, Bayern...wo zum Teufel ist Rheinland-Pfalz? Nachdem ich eine gefühlte Ewigkeit scrollen muss, ist da endlich der Button zu unserem südwestlichen Bundesland. Ich tippe drauf, die Leiste fährt nach unten...und da stehen vier Namen. Trotz meines Katers lächle ich glücklich und zufrieden und drehe mich in Richtung des Fensters meiner Unterkunft, das nur zu Teilen mit Rollläden bedeckt ist. Draußen scheint die Sonne.



Es stellt sich vor:

Nicole Höchst



Als Mitglied des Deutschen Bundestags aus Rheinland-Pfalz vertrete ich den Wahlkreis 201 - Bad Kreuznach und Birkenfeld.

In meiner Funktion als Bildungs- und Familienpolitikerin trage ich große Verantwortung dafür, dass unser Land zukunftsfähig aufgestellt wird. Junge Menschen, ausgestattet mit guter Bildung, die in stabilen und sicheren Verhältnissen aufwachsen: Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Diese Voraussetzungen zu schaffen ist daher ein Kernanliegen meiner politischen Arbeit. Mein Ziel ist die Stärkung unserer Familien. Denn das Leitbild Familie braucht Wertschätzung. Auch sind der Erhalt und die Förderung des Bildungsstandortes Deutschland heutzutage wichtiger als je zuvor. Anderenfalls geht international der Anschluss verloren. Ob Frühsexualisierung, Geschlechterkampf oder Generationenkonflikt, unser Land muss wieder in ein normales Fahrwasser zurück. Deutschland, aber eben normal. Diese Themen sind sowohl auf Länder- als auch auf der kommunalen Ebene von fundamentaler Bedeutung; sie betreffen zudem die Bundesebene, bilden sie doch einen Kern der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, weshalb mir eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag, den Landtagen und den Kommunalvertretungen besonders am Herzen liegt.

Um alle konservativen Kräfte besser zusammenführen zu können, war ich an der Organisation der 1. und der 2. Konferenz der Freien Medien im Deutschen Bundestag beteiligt. Die nächste Konferenz ist für 2022 in Vorbereitung. Genau dieser Zusammenschluss ist auch auf internationaler parlamentarischer Ebene notwendig. Daher war ich einer der Hauptredner zum ersten internationalen Familienkongress 2021 in Dresden. Das alles gilt es auszubauen und zu festigen.

Ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit ist überdies die Frauenpolitik. Eine Frau zu sein hat für mich nie Benachteiligung oder Schwäche bedeutet. Aber nachdem vorherige Generationen erfolgreich für die Gleichheit von Frauen vor dem Gesetz gekämpft haben, wird uns dieses Selbstbild nun täglich aufgezwungen. Gerade deshalb bin ich froh, eine Partei gefunden zu haben, in der Frauen nicht als Opfer, sondern als gleichberechtigte Partner gewürdigt werden. Während die Mainstream-Medien behaupten, die AfD wolle „Frauen zurück an den Herd“ schicken, habe ich in der AfD die Freiheit, als Mensch und Politiker anerkannt zu werden.

Dennoch ist es irgendwie wahr, dass die AfD die Frauen zurück an den Herd schicken möchte - wenn es denn dem Wunsch einer Frau entspricht. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass eine Familie wieder von einem Gehalt leben kann. Aber

dieses Gehalt kann dann durchaus von der Frau verdient werden: Wichtig ist, dass Kinder wieder im Mittelpunkt der Familie stehen. Eine sicherlich oftmals gut gemeinte Politik nimmt den Frauen jedoch nicht nur ihre Wahlfreiheit, sondern auch ihre Sicherheit. Wahlfreiheit bedeutet, dass Familien wieder von einem Gehalt leben können müssen. Die Entscheidung, in den ersten Lebensjahren für die Kinder da zu sein, ist gegenwärtig nur Besserverdienern möglich. Wer wann zu Hause bleibt, und wie lange, müssen die Eltern wieder selbst entscheiden können. Sicherheit bedeutet, dass niemand in Furcht leben muss. Dennoch muss konstatiert werden, dass immer noch sehr viele Frauenhausplätze fehlen. Immer mehr Straßen und Plätze stellen potenzielle Gefahrenquellen dar. Die Masseneinwanderung von jungen Männern aus archaischen Gesellschaften verschärft diese Situation.

Die Gleichberechtigung der Frau, welche durch die politisierte Gleichstellung längst zur Gleichmacherei mutiert, ist in weiten Teilen hohles Getöse.

Noch immer bestehen Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen. Der Versuch indes, Frauen zur Aufnahme untypischer Berufe zu drängen, ist Ausdruck eines immer übergriffigeren Staates. Auch sind Frauenquoten eine Beleidigung für jede fleißige und taffe Frau, während die propagierte „sexuelle Vielfalt“ sich als nichts anderes entpuppt als die politisch motivierte Spaltung der Familie und als ein Kampf gegen Männer.

Überhaupt stellt die Spaltung der Gesellschaft ein grundlegendes Problem dar.



Mein Appell lautet: Machen Sie das Spiel nicht mit!

Lehnen Sie Ausgrenzung ab: egal, ob geimpft oder ungeimpft, links oder rechts, alt oder jung, hetero- oder homosexuell et cetera. Machen Sie diese Diskriminierung einfach nicht mit.

Fragen Sie sich auch, ob die vielen Billionen Euro der EU in Sachen Klimawandel wirklich etwas bewirkt haben oder ob alles einfach nur teurer wird? Denken Sie auch darüber nach, ob all die angeblichen Schutzmaßnahmen das Virusproblem beseitigt oder nicht noch verschlimmert haben? Überprüfen auch Sie regelmäßig, wie frei Sie sich vor zehn Jahren gefühlt haben und wie frei Sie heute sind, wie sicher Sie sich früher fühlten und wie sicher heute? Halten Sie das Bildungsniveau heute für höher als vor zehn Jahren? Und, was meinen Sie, ist die Warenknappheit eine Folge eines umweltschädlichen und wirtschaftlich abhängig machenden Globalismus? Wäre mehr Regionalität nicht besser für Umwelt und Mensch? Hand aufs Herz, glauben Sie wirklich, dass Deutschland die Welt retten wird?

Zur Aufklärung und Bildung trägt auch unsere AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung bei, zu deren Kuratoriumsmitgliedern ich gehöre.

Die ehrliche Antwort auf all die Fragen führt Sie vermutlich direkt zu einer Mitgliedschaft in der AfD. Doch wenn Sie sich lieber erst informieren möchten, ob das nicht nur Propagandagetöse ist, dann machen Sie sich auch auf meinen Seiten schlau. Auf meiner Netzseite berichte ich regelmäßig über meine parlamentarische Arbeit. Den regelmäßig erscheinenden „Bericht aus Berlin“ können Sie dort ganz einfach abonnieren, um immer bestmöglich informiert zu sein. Eine ausführlichere Dokumentation finden Sie zudem in meinen Büchern, in denen ich anhand vieler Beispiele auf meine Arbeit eingehe. Für jedes Jahr im Bundestag gibt es dort eine Dokumentation mit Bildern, Dokumenten und Erläuterungen. Darüber hinaus veröffentliche ich eine vierzehntägige Kolumne auf dem Netzblog von „jouwatch“ und bin regelmäßiger Gast bei HALLO MEINUNG mit Peter Weber, einem neuen Live-Format. Auch beim Deutschland-Kurier bahnt sich ein neues Format an, das schon bald regelmäßig erscheinen wird.

Gern stehe ich Ihnen auch persönlich Rede und Antwort und freue mich auf neue Kontakte sowie einen regen Austausch mit Ihnen, den Bürgern.

Ihre
Nicole Höchst, MdB

Es stellt sich vor:

Andreas Bleck



Ich heiße Andreas Bleck, bin 33 Jahre alt, verheiratet und konfessionslos. Seit dem 24. September 2017 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an.

Dort bin ich als ständiges Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und als stellvertretendes Mitglied im Sportausschuss tätig. Doch der Weg vom politisch interessierten Bürger zum Bundestagsabgeordneten war lang. Zwischen 2010 und 2013 war ich noch Mitglied in der CDU. Aus Enttäuschung wegen der Europolitik trat ich aus und 2013 in die AfD ein. Damals wurde die AfD noch als Ein-Themen-Partei betrachtet. Im Laufe der letzten acht Jahre entwickelte sich die Partei jedoch sowohl inhaltlich als auch personell weiter. Mittlerweile bietet sie auf allen existenziellen Themenfeldern Alternativen an. Das gilt auch für die Umweltpolitik, die ich in dieser Zeit innerhalb der Partei und Fraktion mitprägen konnte.

In der Umweltpolitik der Bundesregierung und Landesregierungen spielt der klassische Umwelt- und Naturschutz bedauerlicherweise nur noch eine Nebenrolle. Die Hauptrolle spielt längst der Klimaschutz. Dabei gibt es ein Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Naturschutz auf der einen Seite und Klimaschutz auf der anderen. Der real existierende Klimaschutz gefährdet mit Windkraftanlagen in den Wäldern Vögel und

Fledermäuse, mit Energiemaismonokulturen für Biogasanlagen Insekten und mit Wasserkraftwerken Wanderfische. Die Energiewende ist die heilige Kuh der Umweltpolitik. Überhaupt besteht diese nur noch aus dem Dreiklang „Verteuern – Verknappen – Verbieten“.

Seit dem 1. Januar 2021 verteuert die CO₂-Abgabe in den Sektoren Wärme und Verkehr das Wohnen und Fahren. Mieten, Mietnebenkosten und Spritpreise explodieren geradezu. Die Leidtragenden sind die Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Bürger, die sich das Wohnen in energetisch sanierten Wohnungen und das Fahren mit Elektrofahrzeugen nicht leisten können. Die Bundesregierung bekämpft die globale Erwärmung also mit sozialer Kälte. Ein Ende ist nicht in Sicht – unabhängig davon, ob Deutschland von einer Großen Koalition oder einer Ampelkoalition regiert wird.

Fakt ist: Deutschland gehört bei der Steuer- und Abgabenlast sowie den Energiepreisen zu den weltweiten Spitzenreitern und bei der Vermögensquote und dem Rentenniveau zu den europaweiten Schlusslichtern. Doch diese Hinterlassenschaften der Großen Koalition würden auch bei der Ampelkoalition liegenbleiben. So haben sich SPD, Grüne und FDP nur darauf verständigen können, die Steuer- und Abgabenlast nicht weiter zu erhöhen. Die Energiepreise werden

jedoch unaufhörlich steigen. Daher werde ich mich auch in der 20. Wahlperiode dafür einsetzen, dass das Leben der Bürger bezahlbar bleibt.

Dazu muss die Umweltpolitik wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Da das Thema Umwelt jedoch ein Querschnittsthema ist, greift dieses auch in andere Themen über. Vier Schwerpunkte möchte ich als Handlungsfelder exemplarisch benennen:

Erstens: Wir brauchen eine bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung. Der gleichzeitige Ausstieg aus der Kohleverstromung und Kernenergie ist eine energiewirtschaftliche Geisterfahrt. Im Unterschied zur Wind- und Sonnenenergie liefert die Kernenergie CO₂-freien und grundlastfähigen Strom. Mit ihr müsste man sich nicht zwischen Klimaschutz oder Versorgungssicherheit entscheiden. Im Rahmen der Technologieoffenheit und -neutralität wollen wir deshalb die Erforschung und Entwicklung von Reaktoren der IV. Generation vorantreiben. Zudem könnten durch die Partitionierung und Transmutation langlebige radioaktive Reststoffe unter Energiegewinnung in kurzlebige radioaktive Reststoffe umgewandelt werden. Damit könnte ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Endlagerungsproblematik geleistet werden.

Zweitens: Wir brauchen eine bezahlbare und zuverlässige Mobilität. Die Verbrennungsmobilität ist eine Spitzentechnologie „Made in Germany“. Sie ist – anders als von den etablierten Parteien

behauptet – sauber und zukunftsfähig. So hat ein Dieselfahrzeug der Norm „Euro 6“ eine bessere CO₂-Bilanz als ein vergleichbares Elektrofahrzeug. Mit synthetischen Kraftstoffen ließe sich auch die Verbrennungsmobilität perspektivisch CO₂-neutral betreiben. Es ist aus Klimaschutzgründen also nicht notwendig, die Automobilindustrie zu zerstören – und damit den Wohlstand unseres Landes und unserer Bürger.

Drittens: Wir brauchen eine konkurrenzfähige Landwirtschaft. Unsere Bauern liefern unser tägliches Brot aus heimischer Erzeugung. Allerdings ist die Verschärfung der Auflagen beim Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz im nationalen Alleingang für die deutsche Landwirtschaft, die im Europäischen Binnenmarkt mit ausländischen Landwirtschaften konkurriert, existenzgefährdend. Wir müssen klarstellen: Die primäre Aufgabe der Landwirtschaft ist die Ernährungssicherheit, sekundäre Aufgabe der Umwelt- und Naturschutz. Deshalb lehnen wir die Enteignung der Bauern durch den Staat ab und befürworten einen staatlich finanzierten ergebnisorientierten Vertragsnaturschutz.

Viertens: Wir brauchen eine intakte Umwelt und Natur. Windkraftanlagen in Wäldern sowie Photovoltaikanlagen auf Grünflächen sind abzulehnen. Die Durchgängigkeit von Fließgewässern muss gewährleistet werden. Der Bau von neuen Wasserkraftwerken muss beendet und der Rückbau von alten Wasserkraftwerken angestoßen werden. Des Weiteren müssen heimische Arten entschlossener vor invasiven gebietsfremden Arten geschützt werden. Auch die Vermüllung der Umwelt muss gestoppt werden. Dabei lehnen wir unsinnige Verbote von bestimmten Kunststoffprodukten weiterhin entschieden ab. Stattdessen muss die Kunststoffvermüllung der Meere vor allem in den afrikanischen und asiatischen Verursacherländern bekämpft werden. Um ressourcenschonender zu haushalten und wirtschaften, wollen wir in Europa sukzessiv eine Kreislaufwirtschaft etablieren.

Wie Sie sicherlich erkennen können, liegt viel Arbeit hinter und vor uns. Die AfD ist stark, weil die Wähler, die hinter ihr stehen, stark sind. Darum möchte ich Sie auch in Zukunft um Ihre Unterstützung bitten. Gehen wir es gemeinsam an!

Ihr
Andreas Bleck, MdB



Impressionen

Aktiv für Deutschland





Es stellt sich vor:
Dr.
**Christian
Wirth**



Als unser einziger Bundestagsabgeordneter aus dem Saarland habe ich mich mit den rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten zusammengeschlossen. Seit unserem erstmaligen Einzug in den Bundestag 2017 arbeiten wir als Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland erfolgreich in Berlin für die Interessen unserer eng verbundenen Regionen zusammen.

Es freut mich, von meinem Kollegen Münzenmaier die Gelegenheit zu bekommen, mich Ihnen auf diesem Wege vorzustellen.

Ich bin 58 Jahre alt, Vater vierer Töchter und Rechtsanwalt. In der Partei bekleide ich aktuell das Amt des Vorsitzenden des Landesverbands Saarland. Bis 2019 war ich auch als Richter am Bundesschiedsgericht unserer Partei tätig.

Als Mitglied des Deutschen Bundestags habe ich mich in der vergangenen Legislaturperiode vorwiegend als Innenpolitiker betätigt. Im Innenausschuss waren meine Fachgebiete Verfassungs- und Staatsbürgerrecht sowie Sicherheitspolitik im Bereich der Bundespolizei und des Bundesnachrichtendienstes.

Ebenfalls durfte ich das Amt des weinbaupolitischen Sprechers der Fraktion bekleiden, ein Amt mit großem Bezug zu Rheinland-Pfalz, welches ich von meinem Vorgänger im Amt, Sebastian Münzenmaier, im Laufe der Legislaturperiode übernommen habe.

Die durch die Altparteien verursachten Probleme im Saarland sind teilweise ähnlich gestrickt wie in Rheinland-Pfalz: strukturschwacher ländlicher Raum, ausbaubedürftige Infrastruktur, kommunale Verschuldung, et cetera.

Andererseits hat das Saarland aber auch mit seinen ganz eigenen Problemen zu kämpfen. Der Industriestandort Saarland ist durch die Regierungspolitik der letzten Jahre massiv geschwächt worden. Der Kohlebergbau ist völlig eingestellt worden, die Stahlindustrie geht zurück und die ebenfalls für das Saarland wichtige Automobil- und Zulieferindustrie leidet unter den wirtschaftspolitischen Bedingungen. Ein Hoffnungsschimmer ist die sich gut entwickelnde IT-Branche.

Ich bin den Mitgliedern meines Landesverbands und unseren Wählern sehr dankbar, mich auf politischer Ebene für die Zukunft des Saarlands stark machen zu können. Ohne ihr Vertrauen wäre das nicht möglich gewesen und ich versuche die Aufgabe so gut es geht auszufüllen. Ich bin auch ein wenig stolz darauf, das beste Wahlergebnis und den einzigen Stimmenzuwachs bei der Bundestagswahl 2021 im Westen bekommen zu haben. Ich verstehe dies als kleine Honorierung meiner Arbeit.

Hervorheben möchte ich zwei von mir eingebrachte Gesetzesentwürfe zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei einer Mitgliedschaft in

einer Terrororganisation sowie zum Verbot der Einbürgerung von Ausländern mit Mehrfachehen. Neben meiner Tätigkeit im Deutschen Bundestag kommt mir mein Beruf als Rechtsanwalt im politischen Ringen auch zugute. Momentan ist beim Bundesverfassungsgericht beispielsweise noch eine Verfassungsbeschwerde von mir gegen die Bundes-Notbremse anhängig.

Zu guter Letzt möchte ich meinen Kollegen, Nicole Höchst, Andreas Bleck, Bernd Schattner

und natürlich Sebastian Münzenmaier sowie unserem ehemaligen Kollegen Dr. Heiko Wildberg für die stets fruchtbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

Ich würde mich freuen, den einen oder anderen Abonnenten dieser Zeitschrift auf einer Veranstaltung der Landesgruppe kennen zu lernen.

Ihr
Dr. Christian Wirth, MdB

Landesgruppe Rheinland-Pfalz / Saarland



Für Sie im Bundestag!

Es stellt sich vor:

Bernd Schattner



AfD-Mitgliedschaft? Ja, unbedingt. Politisches Engagement? In bin Unternehmer. Dafür habe ich eigentlich keine Zeit.

Das waren in etwa meine Gedanken, als ich 2015 unserer Alternative für Deutschland beigetreten bin. Heute, sechs Jahre später, vertrete ich die Partei als frischgewählter Abgeordneter im Bundestag. Ich freue mich über diese ehrenvolle und wichtige Aufgabe.

Im Bundestag braucht es eine starke und ernstzunehmende Opposition, um dem desaströsen Treiben der Altparteien mit ganzer Kraft entgegenzuwirken. Dafür kommt nur die AfD in Frage. Deswegen lohnt es sich, persönliche Weichenstellungen, wenn nötig, zu korrigieren.

Meine 26-jährige Erfahrung als erfolgreicher Unternehmer werde ich natürlich im Bundestag einbringen. Auf eine Schmalspur-Karriere nach dem altbekannten Motto „Kreissaal, Hörsaal, Plenarsaal“, wie sie so viele Politiker der Altparteien vorweisen, blicke ich nicht zurück: 1968 wurde ich in Annweiler am Trifels geboren. 1984 bis 1987 absolvierte ich eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten, 1987 bis 1988 dann der Wehrdienst bei den Pionieren in Koblenz. Von 1989 bis 1991 arbeitete ich als Angestellter bei der Verbandsgemeinde Annweiler. 1991 bis 1997 war ich als selbstständiger Handelsvertreter in Thüringen unterwegs. Danach übernahm ich bis

2012 den Vertrieb von Einbauküchen. Seit 2012 bin ich Inhaber eines Küchenstudios.

Deutschland gestalten: Für die Zukunft unserer Kinder und Enkel

Ich bin verheiratet mit einer wunderbaren Frau und Vater einer 20-jährigen Tochter, auf die ich sehr stolz bin. Ihre Zukunft ist für mich als Politiker eine wichtige Antriebsfeder.

Seit 1945 haben es alle Generationen vor uns geschafft, ein Deutschland zu gestalten, in dem es ihren Kindern und Enkelkindern besser ging. Das steht heutzutage in Frage. Mit Genderwahn, Klimahysterie, verkorkster Energiewende und einer katastrophalen Einwanderungspolitik sind die derzeitigen Verantwortlichen dabei, unser Land zu ruinieren.

Von ihren drängenden Sorgen haben mir auch die Menschen an den Wahlkampfständen in der Südpfalz berichtet: Explodierende Spritpreise gehören dazu. Die Fahrtkosten für Pendler verschlingen immer mehr ihres Arbeitslohnes. Die bereits beschlossene nochmalige CO₂-Steuererhöhung wird die Situation weiter verschärfen.

Die ungebremsste Inflation verteuert das Leben zudem in vielen anderen Bereichen. Ein offenes, kritisches Wort über die Zustände in unserem Land

kommt vielen zudem nicht mehr über die Lippen. Man traut sich nicht. Wer sich vernünftig, konservativ und patriotisch äußert, muss mit gesellschaftlicher Ächtung und Ausgrenzung rechnen. Gegen diese besorgniserregende Entwicklung steht einzig die AfD.

Im Argen liegt aber auch vieles in der Landwirtschaft. Dazu zählt das völlig verfehlte EU-Agrarfördersystem. Es bringt vor allem die kleinbäuerlichen Familienbetriebe in Bedrängnis. EU-Bürokraten überziehen die Landwirte gleichzeitig mit Auflagen und Verordnungen, die wenig mit der Realität, aber umso mehr mit ideologischen Befindlichkeiten zu tun haben. Die Medien spielen mit: Als unverbesserliche Umweltsünder werden die Landwirte angeprangert, obwohl doch gerade sie für ihre bäuerlichen Produkte an einer intakten Umwelt interessiert sind.

Als Abgeordneter werde ich mich daher voraussichtlich im Arbeitskreis Landwirtschaft engagieren.

Wir werden uns für den Schutz von Heimat und Natur ebenso stark machen wie für eine vielfältige,

lebensfähige deutsche Landwirtschaft, die mit ihren hochwertigen Produkten die Versorgung unserer Bürger sichert.

Was generell den ländlichen Raum anbelangt: Ich will mich insbesondere dafür einsetzen, dass unsere dörflichen Gemeinschaften erhalten bleiben und das Leben im Dorf lebenswert bleibt.

Das tue ich als Abgeordneter in Berlin, aber auch als Politiker vor Ort. Neben dem Bundestagsmandat bin ich seit 2016 stellvertretender Vorsitzter des AfD-Kreisverbandes Südliche Weinstraße – Landau und Mitglied im Kreistag Südliche Weinstraße. Seit 2019 bin ich zudem stellvertretender Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz.

Als Familienmensch habe ich übrigens einen riesigen Vorteil: Frau und Tochter sind ebenso AfD-begeistert wie ich.

Ihr
Bernd Schattner, MdB



GEGEN DIE ZENSURWELLE!

**Folgen Sie
meinem
Kanal
bei Telegram:**

t.me/infokanal_muenzenmaier



Energiepreisexlosion:

Soll Armut das Klima schützen?

Die Strompreise explodieren weiter, ein Ende des drastischen Preisanstiegs ist nicht absehbar. Trotz anderer Verlautbarungen wird auch die künftige Ampelregierung wegen des Festhaltens an der ideologiegetriebenen Klimapolitik diese Entwicklung nicht aufhalten, sondern im Gegenteil wohl noch befeuern.

Die Bundespolitik ist der Meinung, sie müsse die Welt vor dem Klima-Untergang retten - versinken wir deswegen letztlich in wohlstandsloser Armut?

Stromkosten in Deutschland: Preisanstieg um 129 Prozent in 20 Jahren

In den letzten Jahren ist der Strompreis in Deutschland insgesamt deutlich angestiegen. Konkret handelt es sich dabei um eine Zunahme des durchschnittlichen Strompreises für Privathaushalte von 13,94 Cent auf 31,89 Cent pro Kilowattstunde. Und das allein im Zeitraum vom Jahr 2000 bis zum Januar 2021. In Prozentzahlen ausgedrückt: Der Strompreis stieg in den letzten gut 20 Jahren um unglaubliche 129% (!), also rund 6% pro Jahr.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland bei den Strompreisen weltweit beinahe Spitzenreiter. Noch höhere Preise sind Medienberichten zufolge fast nur in gescheiterten Staaten und Entwicklungsländern wie Ruanda, Mali oder Uganda zu verzeichnen. Dies ergab eine kürzlich veröffentlichte Analyse des Vergleichsportals Verivox. Demnach muss für Strom innerhalb der EU lediglich in Tschechien und Rumänien noch tiefer in die Tasche gegriffen werden.

Unter den G20-Staaten ist Deutschland jedoch mit deutlichem „Vorsprung“ das Land, in dem die höchsten Strompreise gezahlt werden müssen. In einigen weiteren Staaten, die einen vergleichbaren Lebensstandard aufweisen, ist Elektrizität kaufkraftbereinigt maximal halb so teuer wie in Deutschland. Hierzu zählen Staaten wie die USA, die Schweiz, Schweden und die Niederlande. In diesen Berechnungen ist der jüngste dramatische Preisanstieg hierzulande nicht mal eingerechnet.

Laut weiteren Angaben von Verivox sind die deutschen Strompreise im Oktober 2021 den vierten Monat nacheinander auf Rekordniveau. Alleine im vergangenen Jahr wurde Elektrizität für Privatpersonen durchschnittlich 20,9% teurer, der größte Anstieg aller Zeiten.

Steuern, Abgaben und Umlagen: Maßgeblich für den Preisanstieg

Der größte Anteil der gesamten Kosten für Strom entfällt dabei auf Steuern, Abgaben und Umlagen (Anfang 2021: 54,1%; 16,39 Cent pro Kilowattstunde). Während der Strompreis insgesamt im Verlauf der letzten zehn Jahre um 23% stieg, wird im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von Steuern und Abgaben um 41% angegeben.

Das bedeutet, dass höhere Steuern und Abgaben maßgeblich für die teureren Strompreise verantwortlich sind. 1998 betrug die Kosten von Steuern und Abgaben beim Strompreis noch 4,07 Cent pro Kilowattstunde. Verglichen mit heute handelt es sich also fast um eine Vervierfachung.



Für 2022 ist diesbezüglich keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil:

Es ist erneut ein deutlicher Preisanstieg für Strom zu erwarten. Dies hat zum einen mit der ersten Situation am Gasmarkt zu tun.

Eine weitere Ursache, die CO₂-Steuer, ist allerdings hausgemacht. Für den Herbstbeginn wurde weniger Wind als gewöhnlich vorhergesagt, sodass emissionsintensive Energien wie Braunkohle erhalten mussten, um für den benötigten Strom zu sorgen. Dadurch, dass die Kosten für CO₂-Emissionszertifikate in die Höhe schnellen, wird auch der Strom teurer werden. Für das Jahr 2022 ist aufgrund des Atomausstiegs mit einem weiteren Preisanstieg zu rechnen.

Ampel: Noch höhere Besteuerung für mehr „Klimaschutz“

Dank der Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP ist in politischer Hinsicht wohl keine Entlastung der Verbraucher zu erwarten. Da sich die drei genannten Parteien in ihrem Sondierungspapier wenig überraschend auf mehr sogenannten „Klimaschutz“ (u.a. durch ein „Klimaschutz-Sofortprogramm“) geeinigt haben, könnte auf die Geldbeutel der Bürger eine zunehmende Belastung zukommen.

Allein bei einem genaueren Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl insbesondere von Grünen und FDP wird dem deutschen Verbraucher angst und bange. Durch eine immer

höhere CO₂-Bepreisung, die die Grünen fordern, sollen die Bürger beispielsweise zum weniger Autofahren erzogen werden.

Wie eben deutlich geworden sein sollte, führt eine höhere CO₂-Steuer aber nicht nur zu steigenden Benzin-, sondern aktuell etwa auch zu höheren Strompreisen. Konkret forderten die Grünen in ihrem Wahlprogramm einen Anstieg des CO₂-Preises auf 60 Euro pro Tonne (aktuell: 25) bis 2023. Anschließend soll der Preis noch weiter erhöht werden.

Laut FDP soll die Politik vorschreiben, welche Menge an CO₂ in einem Jahr ausgestoßen werden darf. Dafür sollen Emissionszertifikate erworben werden, die Jahr für Jahr weniger, dafür aber umso teurer werden. Auch nach den Plänen der FDP wird der CO₂-Preis also perspektivisch (enorm) ansteigen. Dass diese Preissteigerungen irgendwie an die Bürger abgegeben werden, davon ist wohl auszugehen.

AfD will die Bürger durch Steuersenkungen deutlich entlasten

René Springer, der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, bringt die Energiepolitik der Altparteien treffend auf den Punkt: „Die öko-soziale Transformation Deutschlands [ein Begriff, den besonders die Grünen prägen; Anmerkung der Redaktion] soll auf dem Rücken der einfachen Menschen stattfinden, indem Güter des täglichen Lebens – wie Energie und Kraftstoffe – künstlich verteuert werden.“

Angaben des 42-jährigen Brandenburgers zufolge kostet ein Liter Sprit nach Abzug aller Steueranteile, wie CO₂- oder Energiesteuer, etwa 66 Cent. Wäre eine immense Entlastung der Bürger gewollt, wäre sie politisch also möglich. Offenbar wollen die Regierenden aber, dass die Bürger hohe Benzinkosten tragen.

Die AfD hingegen wählt einen völlig anderen Ansatz als die Altparteien und stellt die Interessen der Bürger Deutschlands in den Mittelpunkt. Die neu in den Bundestag eingezogene AfD-Abgeordnete Gerrit Huy rechnet hierzu in einem YouTube-Format bei AfD-TV vor, wie die AfD den normalen Privatpersonen bei den Energiepreisen konkret unter die Arme greifen würde:

„Wir wollen die CO₂-Steuer rückgängig machen und die Stromsteuer abschaffen.“ Dazu komme das Ende der EEG-Umlage. Untersuchungen hätten ergeben, „dass das ungefähr eine Ersparnis von 25% (...) bringen würde“, so die 68-Jährige.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bringt wiederum René Springer zudem den Vorschlag ein, die Mehrwertsteuer auf solche Produkte für einige Monate auszusetzen, die für die Bürger Heizkosten mit sich bringen.

Alternative für Deutschland: Technologieoffenheit und „breiter Energimix“

Tino Chrupalla, Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, fordert in einer Pressemitteilung grundsätzlich eine „sofortige energiepolitische Kehrtwende“. In ihrem Wahlprogramm fordert die



AfD darüber hinaus generelle Technologieoffenheit und einen „breiten Energimix“, um die sichere Energieversorgung Deutschlands gewährleisten zu können. Hierzu gehören Gas und Flüssiggas, Braun- und Steinkohle sowie die Kernkraft.

Doch die drohende Verschärfung der Energiekrise, die sogar die Versorgungssicherheit bedroht und in einem sogenannten „Blackout“ (= flächendeckender Stromausfall) enden könnte, hat noch einen weiteren Grund: die baldige Abschaltung aller noch in Deutschland zur Verfügung stehenden Kernkraftwerke.

Der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, erklärt in dem Zusammenhang:

„Bis zum Jahresende gehen 4,25 Giga-Watt grundlastfähiger Kernkraftleistung vom Netz, bis Ende 2022 nochmals dieselbe Menge.“ Diese seien sicher und würden allein deutlich mehr Strom liefern als alle Photovoltaik-Anlagen zusammen. Gleichzeitig weist er auf die Unabhängigkeit der Atomkraftwerke vom Sonnenschein hin.

Wie absurd das Ablehnen der Kernenergie ist, verdeutlicht René Springer an anderer Stelle und mit Blick nach Frankreich. Die Franzosen hätten sichere Anlagen, eine gute CO₂-Bilanz und würden sogar noch weitere Kernkraftwerke bauen. Außerdem „gibt es neue Technologien, die ermöglichen, die Brennstoffe, die wir eingelagert haben, energetisch zu nutzen und damit die Halbwertszeit so stark zu reduzieren, dass wir das Endlagerproblem nicht mehr haben.“ Deshalb fordert er abschließend, endlich zu einer „faktenbasierten Politik“ zurückzukehren.

Letztlich lässt sich zusammenfassen, dass die Strompreise gerade ins Unermessliche steigen, obwohl Deutschland bereits jetzt zu den weltweiten Spitzenreitern bei Energiekosten zählt.

Während die Vertreter der Altparteien auf eine immer höhere CO₂-Besteuerung setzen, um die Welt zu retten, fordert die AfD eine technologieoffene, bürgernahe Politik. Diese soll zum einen die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie – ein Wohlfaktor – erhalten und zum anderen die Deutschen spürbar entlasten.



Rheinland-Pfalz:

Umweltministerin Spiegels Werbung auf Kosten des Steuerzahlers

Medienberichten zufolge hat das grüne Umweltministerium in Rheinland-Pfalz über mehrere Jahre Werbeanzeigen auf Facebook gezielt an Nutzer adressiert, die sich auch für die eigene grüne Partei interessieren. Schon im vergangenen Jahr war dasselbe Ministerium in Mainz von einem Beförderungsskandal erschüttert worden. Im Falle der jetzigen Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, Anne Spiegel (Grüne), wartet man auf personelle Konsequenzen jedoch vergeblich.

Dem grün-geführten Umweltministerium von Anne Spiegel steht erneut Ärger ins Haus. Wie inzwischen bekannt ist, richtete das genannte Ministerium auf Facebook nicht nur Anzeigen an Menschen, die sich für umweltbezogene Themen interessieren, sondern vielmehr direkt an Sympathisanten der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Zielgruppenwerbung im Sinne der Grünen

Unüblich ist dabei das sogenannte „Microtargeting“, also das gezielte Ansprechen von bestimmten Zielgruppen etwa durch Werbeanzeigen, nicht. Hochproblematisch ist in diesem Kontext aber, dass sich ein staatliches Ministerium, das allgemein durch die Steuergelder finanziert wird, direkt an potenzielle Wähler einer bestimmten Partei richtet, nämlich der Grünen.

Rechtsexperten beurteilen diese Werbepaxis, die über drei Jahre wie beschrieben vonstattenging und erst vor kurzem ihr Ende fand, als verfassungswidrig. Simon Kruschinski vom Institut für Publizistik der

Johannes Gutenberg-Universität Mainz erläutert diesbezüglich: „Es geht um Mobilisierung. Man visiert Nutzer und Nutzerinnen an, die den Grünen nahestehen und eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, die Partei zu wählen.“ Mitinbegriffen sei dabei auch die Hoffnung auf eine breitere Reichweite für die Inhalte.

Denn durch gezieltes Ausrichten von Werbeanzeigen an Anhänger oder Wähler der eigenen grünen Partei, so der mutmaßliche Gedanke, erreichen die gewünschten Themen schneller die gesamte grüne Blase. Kurz gesagt: hier wird womöglich Parteiwerbung mit Regierungsmitteln geschaltet.

Durch dieses Targeting, so der wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Kommunikation weiter, verletze das rheinland-pfälzische Umweltministerium grundlegende Prinzipien der Gleichberechtigung bei der Teilhabe am politischen Diskurs, „weil es spezifische Themen und Menschengruppen in ihrer Kommunikation berücksichtigt, während es andere dabei ausschließt.“

Parteiwerbung mit Regierungsmitteln: Kein Einzelfall bei den Grünen

Mittlerweile musste das betroffene grüne Ministerium zugeben, dass diese Praxis keinen Einzelfall darstellte, sondern dass bei eigenen Facebook-Werbebeiträgen in zahlreichen Fällen das Zielgruppenmerkmal „Interessiert an der Partei Bündnis90/Die Grünen“ verwendet wurde.

Seit September 2018 betraf dieses unzulässige Vorgehen etwa 130 Facebook-Anzeigen mit Gesamtkosten von ca. 9.400 Euro, finanziert durch die Steuerzahler. Gestartet wurde diese Praxis durch die ehemalige Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, Ulrike Höfken (ebenfalls Grüne). Ihre Nachfolgerin, die amtierende Ministerin Anne Spiegel, übernahm diese fragwürdige Tradition offenbar.

Beförderungsskandal unter der Vorgängerin Höfken

Vorgängerin Höfken musste im Übrigen nach einer Vielzahl von illegalen Beförderungen Ende 2020 zurücktreten. Laut weiteren Pressestimmen wurden zwischen 2011 und 2020 im gleichen Umweltministerium in Rheinland-Pfalz in etwa 160 von 248 Beförderungen ohne Rechtsgrundlage vorgenommen.

In dem Zusammenhang sprach das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz damals von „Ämterpatronage“ und von einem „von Willkür“ geprägten, „marode[n] Beförderungssystem“. Konkret wurde gegen das Beamtenrecht verstoßen, indem die betroffenen Stellen den Bewerbern häufig ohne formalisierte Bewertung zugewiesen wurden. Beförderungsstellen im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt seien dabei seit 2011 nicht ausgeschrieben worden.

Illegale Parteienwerbung, Verfassungsbruch oder gezielte Wahlbeeinflussung?

Dass ein erneuter Skandal im Umweltministerium der rheinland-pfälzischen Grünen ausgerechnet kurz vor der Bundestagswahl im September 2021 aufgedeckt wurde, ist pikant. Denn grundsätzlich müssen staatliche Institutionen wie etwa Ministerien in der Öffentlichkeitsarbeit parteipolitisch neutral sein. Erst recht zu Wahlkampfzeiten! Da es generell selbstverständlich sein sollte, Regierungsmittel niemals auch nur im Entferntesten für Parteiinteressen zu missbrauchen, macht ein solcher Verstoß umso mehr fassungslos.

Kritik an diesem Vorgehen des grünen Ministeriums kommt unter anderem auch vom Bund der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz. Dieser fordert „eine gründliche Aufarbeitung dieser Werbepaxis“ und verweist auf potenzielle illegale Parteienwerbung, die durch die Steuerzahler getragen werden müsse.

Diesen konkreten Vorwurf der Parteienwerbung bestreitet das rheinland-pfälzische Umweltministerium allerdings. „Parteienwerbung hat nicht stattgefunden. Die Facebook-Beiträge beinhalteten keine Werbung für Parteien“, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme der von den Grünen geführten Institution.

Juristen bewerten den Fall allerdings in vielerlei Hinsicht als problembehaftet. Sogar das Vergehen „illegale Parteispende“ ist nicht auszuschließen – dies hängt vom jeweiligen Inhalt der Werbung ab. Aber selbst wenn es sich nur um „übliche“ Nachrichten eines Ministeriums handelt, ist das zielgerichtete Adressieren an Interessenten der Grünen aus Sicht der Rechtswissenschaftler sehr heikel.

Sophie Schönberger, Expertin für Parteienrecht und Rechtsprofessorin an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, macht diesbezüglich das Folgende deutlich:

„Es handelt sich auf alle Fälle um eine illegale Praxis. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit muss parteipolitisch neutral sein - auch im Bezug auf den Adressatenkreis“, leitet die Juristin aus dem im Grundgesetz verankerten Demokratieprinzip ab.

Des Weiteren führt die Rechtswissenschaftlerin aus, dass staatliche Öffentlichkeitsarbeit nur unter bestimmten Gesichtspunkten in Ordnung sei – beispielsweise wenn es sich um die Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Demokratie handle. Dabei dürften Zielgruppen der Werbeanzeigen nicht nach Parteipräferenz ausgewählt werden, „da [dann] Bürger gezielt nur nach Parteipräferenz angesprochen werden sollen.“ Und damit nicht alle Bürger unseres Landes beziehungsweise in dem Fall alle Rheinland-Pfälzer.

Die Professorin für Öffentliches Recht an der Sigmund-Freud-Privatuniversität-Wien, Diana zu Hohenlohe, geht sogar so weit, dass das beschriebene Microtargeting in Wahlkampfzeiten als Verfassungsbruch zu bewerten sei. Denn auch vor der Bundestagswahl wurde, wie bereits angedeutet, seitens des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums Facebook-Werbung unter anderem an die Klientel der Grünen gerichtet.

Juristin Diana zu Hohenlohe vertritt hierzu folgende Auffassung: „Eine Behörde, die im Wahlkampf mittels Microtargeting bestimmte Personen auf

Facebook mit politischer Werbung adressiert, geriert sich als Teil des Wahlkampfteams ihrer Behördenleiterin.“ Verfassungsrechtlich sei dies verboten.

Besonders im Hinblick auf die lange Zeitspanne, in der diese Praxis angewendet wurde, bringt die Wiener Rechtsprofessorin die Handlungsweise mit einem „bedenkliche[n] Verständnis der Behördenleitung von der Funktion und den Aufgaben des anvertrauten Verwaltungsapparats“ in Verbindung. Abschließend bilanziert sie scharf: „Hier wurde das Ministerium, das (...) im Allgemeininteresse eingerichtet wurde, über Jahre für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert“.

Außerdem äußert sich auch der Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Jörn Ipsen zu dem Fehlverhalten des von der Grünenpolitikerin Anne Spiegel geführten Umweltministeriums. Er bezeichnet „Kontakte eines Ministeriums ausschließlich mit einer der Leitung nahestehenden Klientel“ nicht als Öffentlichkeitsarbeit, sondern als „gezielte Wahlbeeinflussung“.

Aufgrund dessen beurteilt der ehemalige Präsident des niedersächsischen Staatsgerichtshofs das Microtargeting im Wahlkampf als Vergehen gegen das Grundgesetz, aus dem Organklagen resultieren könnten. Der 77-Jährige hält es zudem für möglich, dass gegen Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz (Bevorzugung wegen politischer Anschauungen) verstoßen wurde.

Rücktritt hätte sofort erfolgen müssen

Trotz all dieser etwaigen rechtlichen und auf jeden Fall moralischen Verstöße ist es umso erstaunlicher, dass die rheinland-pfälzische Umweltministerin Anne Spiegel noch immer im Amt ist. Ein solches Vergehen sollte keineswegs als Bagatelle abgetan werden. Die grüne Ministerin hätte stattdessen die Verantwortung für das Fehlverhalten im Skandalministerium für Umwelt, das sie leitet, übernehmen und schleunigst zurücktreten sollen. Alles andere ist aktuell ein Armutszeugnis für unsere Demokratie und ein fatales Signal für die Rechtsstaatlichkeit Deutschlands. Denn ein potenzieller „Verfassungsbruch“ und mögliche „gezielte Wahlbeeinflussung“ sind in einem Rechtsstaat, der sich selbst ernst nimmt, nicht zu tolerieren!

SEBASTIAN MÜNZENMAIER

ALLE REDEN & VIDEOS BEI YOUTUBE

JETZT KANAL ABONNIEREN UNTER:
youtube.com/SebastianMunzenmaierMdB



Ungeimpfte am Pranger: **Der Fall Kimmich**

Joshua Kimmich, der Mittelfeld-Star des FC Bayern München, hat sich bislang nicht gegen Covid-19 impfen lassen. Diese Tatsache sollte eigentlich keine Meldung wert sein. Doch aus einer intimen und persönlichen Entscheidung wurde binnen Kürze ein Staatsakt, in den sich sogar führende Politiker einmischten. Dieser Fall zeigt exemplarisch: Der Druck auf Ungeimpfte wächst immer weiter an. Ein Ende ist nicht in Sicht, der Ausgang völlig offen.

Betrachten wir den „Fall Kimmich“ zunächst von Beginn an. Nachdem eine große deutsche Tageszeitung zuvor darüber berichtet hatte, wurde Kimmich im Rahmen des Bundesligaspiels zwischen dem FC Bayern und 1899 Hoffenheim am 23. Oktober von Sky-Reporter Patrick Wasserziehr zum Sachverhalt der Impfung befragt – oder eher verhört. Denn die Art der Fragen deutete mehr auf eine Anklage als auf ein professionell geführtes Interview hin.

Aber der Reihe nach: Kimmich begründete seine Entscheidung, sich vorerst nicht impfen zu lassen, mit „fehlende[n] Langzeitstudien“. Außerdem, fügte der Nationalspieler unmittelbar hinzu, halte er sich „natürlich“ an alle Hygienemaßnahmen. Da hatte Kimmich womöglich bereits geahnt, dass ihm von der Medienmeute ein Shitstorm drohen könnte. Später wies er wohl aus ähnlichen Motiven die Begriffe „Corona-Leugner“ und „Impfgegner“ von sich und verdeutlichte zu Recht, dass es legitim sei, Bedenken bezüglich der völlig neuartigen Corona-Impfung zu haben. Gleichzeitig deutete der 26-Jährige an, dass sich ungeimpfte Menschen unter Druck gesetzt fühlen und durch die Gesellschaft oftmals „abgestempelt“ würden. Interviewer Wasserziehr hingegen hakte nicht nur

kritisch nach, er überzog maßlos mit Vorwürfen und stellte Kimmich mit unlauteren Fragen an den Pranger: „Wie würde die Welt wohl aussehen, wenn alle so handeln würden wie Sie?“ Solch eine Frage erwartet man vielleicht in einem dystopischen Polizeiverhör, nicht aber bei einer Fußballreportage. Doch solche Fragen sind symptomatisch für einen Teil der Gesellschaft, der zwar stets vorgibt, solidarisch und tolerant zu sein, aber im gleichen Atemzug eine Ausgrenzung und Diskriminierung von Ungeimpften befürwortet. Das gilt insbesondere für die Obermoralisten der Medienlandschaft.

Plumpe Kritik, grenzenloser Druck

Das mediale Echo auf das „Outing“ von Joshua Kimmich ließ nicht lange auf sich warten. Der Tenor insbesondere in linksliberalen Blättern lautete, dass der 26-Jährige „egoistisch“ und „unsolidarisch“ sei. Das erscheint alles andere als überraschend; schließlich titelte die „Zeit“ zum Beispiel am 23. Juli in einem anderen Kontext: „Eine Diskriminierung von Ungeimpften ist ethisch gerechtfertigt“.

Das positive Bild des Fußballers Kimmich schien sich von einem Tag auf den anderen vollständig verändert zu haben. Er sah sich in den folgenden Wochen einem massiven Gegenwind und Druck ausgesetzt, der noch immer anhält. Sogenannte Experten, Fußballkollegen und sogar führende Politiker, sahen sich genötigt, den Bayern-Star eindringlich darauf hinzuweisen, dass er seine Einstellung besser überdenken sollte.

So wies zum Beispiel Regierungssprecher Steffen Seibert auf seine „Vorbildwirkung“ hin und betonte öffentlich, dass er hoffe, dass Kimmich „sich [...] vielleicht für die Impfung entscheiden kann“. Wohlgermerkt: Steffen Seibert ist ein unmittelbar der

Bundeskanzlerin unterstehender Politfunktionär im Range eines Staatssekretärs. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) wollte sich mit dem Fußballspieler auf einen Kaffee treffen und mit ihm die Thematik besprechen. Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, erklärte diesbezüglich, der deutsche Nationalspieler sei beim Thema Impfen „ganz schlecht beraten“. Stiko-Chef Thomas Mertens fand die Äußerungen Kimmichs für die Impfkampagne nicht hilfreich. Als ob diese öffentlichen Statements nicht schon genug Druck auf den Mittelfeldstrategen erzeugt hätten, werteten auch einige weitere Fußballikonen Kimmichs Impfskepsis plump ab. Uwe Seeler, ehemaliger Stürmer des Hamburger SV und Ehrenspielführer des DFB, sagte über den 26-Jährigen: „[...] Zwei Pikse wird er gerade noch vertragen.“ Und Fußball-Weltmeister Paul Breitner zeigte sich bei der Beurteilung auch der weiteren ungeimpften Bayern-Spieler rigoros: „Diese fünf hätten bei mir nicht gespielt und nicht mal mit uns trainiert.“

Unlängst sorgte ein positiver Corona-Test bei dem doppelt geimpften Verteidiger Niklas Süle in der deutschen Nationalmannschaft vor dem WM-Qualifikationsspiel gegen Liechtenstein für eine weitere Kontroverse: Nachdem daraufhin vier weitere Nationalspieler (darunter Joshua Kimmich) in Quarantäne mussten, stellte sich die Führung des DFB die Frage, ob zukünftig nur noch geimpfte und genesene Spieler zu Länderspielen eingeladen werden. Bundestrainer Hansi Flick dazu: „Ich lasse das auf mich zukommen und mache mir nach dem Lehrgang Gedanken.“

Der Fall Kimmich zeigt eindeutig, wie schwer der Druck auf Menschen lastet, die sich nicht mit den neuartigen Impfstoffen gegen Covid-19 impfen lassen möchten. Einer freiheitlichen Gesellschaft ist diese Drohkulisse jedenfalls unwürdig.

Ausblick: 2G, Impfpflicht für bestimmte Berufe, Lockdown für Ungeimpfte – Was erwartet uns?

In diesen Tagen wird unter anderem über das bundesweit flächendeckende Einführen des sogenannten 2G-Modells diskutiert. In Sachsen beispielsweise gilt dies bereits seit November 2021. Und zwar mit der Folge, dass nur noch Geimpfte und Genesene Zugang zu einigen Bereichen wie Fitnessstudios, Restaurants und Museen haben. Ungeimpften wird die gesellschaftliche Teilhabe vielerorts untersagt.

Sogar eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ist inzwischen im Gespräch. Dies fordern unter anderem Grünen-Chef Robert Habeck, der bayerische Ministerpräsident Markus Söder und der Gesundheitsminister im Freistaat Bayern, Klaus Holetschek (beide CSU). Konkret soll es dabei in erster Linie um Pflegekräfte gehen. Des Weiteren könnte der Druck auf ungeimpfte Arbeitnehmer durch die 3G-Regelung am Arbeitsplatz enorm verschärft werden. Menschen ohne Impf- oder Genesen-Nachweis müssten sich dann täglich für die Arbeit testen lassen. Sicher dürfte sein: Die kommende Zeit wird für Menschen, die sich gegen eine Impfung mit den neuartigen mRNA-Stoffen entschieden haben, hart werden. Neben sozialer Isolation und Arbeitsplatzverlust drohen weitere drastische Einschränkungen, beispielsweise auch erneute Kontaktbeschränkungen – speziell für Ungeimpfte.

Ein Ende der völlig unverhältnismäßigen Grundrechtseinschränkungen ist weiterhin nicht in Sicht. Durch Diskriminierung und Ausschluss der Ungeimpften wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft immer weiter zementiert. Viele Politiker und Medienvertreter befeuern diese Entwicklung und damit die Spaltung des Landes aktiv. Wenn Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) Geimpften den Ratschlag gibt, den privaten Kontakt mit Ungeimpften gänzlich einzustellen, ist eine rote Linie definitiv überschritten.

Ein abschließender Blick nach Österreich lässt ebenfalls nichts Gutes erhoffen: Dort existiert seit dem 15. November ein Lockdown speziell für nicht-geimpfte Personen. Das heißt, Ungeimpfte dürfen ihre Wohnung nur noch unter besonderen Umständen – z.B. für Einkäufe, die Arbeit oder Spaziergänge - verlassen. Vielerorts kontrollieren dies sogar verstärkte Polizeieinheiten.

All das verdeutlicht zusammenfassend, dass die führenden Politiker der Altparteien sowie deren Hofberater jegliches Maß und Gespür für den zwischenmenschlichen Umgang verloren haben. Unsinnige 2G-Regeln und Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte dienen nicht dem Gesundheitsschutz, sie spalten in erster Linie die Gesellschaft und teilen Menschen in unterschiedliche Klassen ein. Dieser Entwicklung gilt es aktiv entgegenzutreten. Die Causa Kimmich offenbart sinnbildlich, dass diese Stigmatisierung jeden treffen kann. Die Blaupause für weitere Experimente scheint jedenfalls längst vorgezeichnet zu sein.



Düstere Aussichten: Massenmigration über Weißrussland

Ein Satz, den man in den letzten Monaten wieder vernehmen konnte: „2015 darf sich nicht wiederholen“. Insbesondere nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, die eine weitere Auswanderungswelle vom Hindukusch in Richtung Europa in Gang setzte. Doch auch über andere Zuströme ist der Migrationsdruck ungebrochen. Gegenwärtig im Fokus liegt die polnische EU-Außengrenze zu Weißrussland, wo sich mehrere tausend Migranten – begünstigt durch die Politik des weißrussischen Machthabers Lukaschenko – Zugang zur EU verschaffen wollen. Viele äußern, dass sie nicht nach Polen, sondern nach Deutschland wollen. Wir beleuchten für Sie die Hintergründe der Situation.

Angefangen hat der Konflikt zwischen der Europäischen Union und Weißrussland mit der Präsidentschaftswahl in der ehemaligen Sowjetrepublik im August 2020, aus ihr ging der seit 1994 amtierende Alexander Lukaschenko mit etwa 80% der Stimmen als Sieger hervor. Schnell wurden Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wahlen laut und nach der Vereidigung wurde der 67-Jährige daher unter anderem von der EU wegen potenzieller Wahlmanipulation nicht als Präsident anerkannt.

Rund um die Wahlen kam es zu massiven Unruhen und Auseinandersetzungen in Weißrussland.

Oppositionelle, die Lukaschenko nicht als Präsident akzeptieren wollten, wurden brutal niedergeschlagen und inhaftiert. Lukaschenko bezichtigte die Demonstranten, sie seien Agenten des Westens. Unter anderem aufgrund dieser massiven Menschenrechtsverletzungen verhängte die EU diverse Sanktionen gegen das weißrussische Regime.

Lukaschenko treibt die Massenmigration nach Europa aktiv voran

Lukaschenko erklärte dann bereits im Frühjahr 2021, Migranten, die sich nach Europa aufmachen, nicht mehr stoppen zu wollen. Jedoch sollte es nicht bei leeren Worten bleiben: Der Machthaber lässt bewusst vor allem Iraker, Syrer, Afghanen und Iraner nach Weißrussland einfliegen. 800-1000 sollen es zeitweise gewesen sein – und das täglich.

Die Motivation liegt wohl darin, Druck auf die europäischen Staaten auszuüben und sich für die EU-Sanktionen zu rächen. Doch Lukaschenko, den man ohne Zweifel als Schleuser bezeichnen kann, lässt Migranten auf dem Weg nach Europa nicht nur gewähren, er setzt sie gezielt als Waffe gegen die EU ein. Demnach gibt es Hinweise, dass das weißrussische Militär im Auftrag der Regierung Migranten teilweise zwingt, sich zur



polnischen Grenze zu bewegen. Videos im Internet belegen jedenfalls, dass die Migrantenkolonnen von weißrussischen Soldaten regelrecht eskortiert werden.

Brutalität und Verlangen nach „Germany“

Inzwischen kursieren ferner Bilder und Videos im Internet, auf denen zu sehen ist, mit welcher Brutalität sich die Migranten Zugang zur EU verschaffen wollen. Viele versuchen mit Bolzenschneidern und Spaten die Befestigungen der Grenze zu durchbrechen, andere mit Baumstämmen. Polnische Sicherheitskräfte sehen sich gezwungen, Tränengas einzusetzen.

In einem weiteren Video äußerte einer der Migranten unmissverständlich seine Zielsetzung: „Wir wollen nicht nach Polen. Wir wollen nach Deutschland.“ Womöglich eine unmittelbare Folge der unverantwortlichen deutschen Asyl- und Migrationspolitik. Mit diesen Gedanken ist der junge Mann nicht alleine. Wieder andere rufen „German“ oder „Germany“.

Die polnische Reaktion

Die polnische Regierung gab Mitte November bekannt, dass sich 3000-4000 Migranten unmittelbar an der Grenze aufhalten, während 10.000 insgesamt zum Übertritt der Grenze bereit seien. Zahlen, die angesichts des Verhaltens

des weißrussischen Machthabers noch deutlich anwachsen könnten.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde das polnische Aufgebot an der Grenze erhöht: Mittlerweile (Mitte November) sind laut polnischem Außenministerium mehr als 12.000 Soldaten an die Grenze verlegt worden. Auch Lettland und Litauen sehen sich wegen einer gemeinsamen Grenze mit Weißrussland mit einer ähnlichen Entwicklung konfrontiert. Deswegen wird in Litauen eine 500 Kilometer lange Stahlabspernung gebaut, die bis September 2022 fertiggestellt werden soll.

In der EU wird hingegen bislang bloß darüber diskutiert, die Sanktionen gegenüber Weißrussland zu verschärfen. Jedoch machte die EU-Kommission auch deutlich, dass sie das Errichten von Grenzzäunen finanziell nicht unterstützen werde. Stattdessen erklärte sich die Kommission bereit, beispielsweise Hilfe durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex oder Europol zur Verfügung zu stellen. Polen lehnt das bislang ab, denn insbesondere Frontex agiert zumeist eher als eine Institution die Massenzuwanderung lenkt, nicht aber verhindert.

Illegale Migrationsströme reichen bereits bis nach Deutschland

Doch auch in Deutschland sind die Migrationsströme über Weißrussland schon seit längerem spürbar.

Nach Angaben der Bundespolizei sind zwischen August und Mitte Oktober mehr als 4300 Menschen über die genannte Schleuseroute nach Deutschland eingereist. Selbstverständlich ohne Erlaubnis, also illegal. Diese Zuwanderer sind vor allem irakische, syrische, iranische sowie jemenitische Staatsbürger. Das betrifft in erster Linie die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg.

Im Oktober sagte der Innenminister Brandenburgs Michael Stübgen (CDU) diesbezüglich, dass der Bund die Verteilung der Migranten mit einem neuen Registrierungszentrum in Brandenburg vorantreiben wolle.

Weiterhin teilte die Bundespolizei mit, dass allein in der ersten Novemberwoche weitere 993 Personen unerlaubt über Weißrussland und Polen nach Deutschland gelangten. Damit seien es im ganzen Jahr 2021 bisher insgesamt 8833 illegal Einreisende gewesen. Nach Einschätzung des Präsidiums der Bundespolizei ist momentan keine Entspannung der Lage zu erwarten. Und, es gilt offenbar das übliche Motto: Wer kommt, der bleibt!

Grüne natürlich mit Aufnahme- und Verteilungsfantasien

Vertreter der Altparteien – insbesondere der Grünen – forderten wieder einmal die Aufnahme der Migranten, die sich in Weißrussland befinden. So erklärte beispielsweise Grünen-Chef Robert Habeck: „Wir müssen [...] die Flüchtlinge aus Belarus in Europa verteilen. Und wir müssen daran erinnern, dass humanitäre Standards einzuhalten sind.“

In die gleiche Kerbe schlug Julia Schmidt, Landesvorsitzende der Brandenburger Grünen, die ein dramatisches Bild der Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze zeichnete. Dabei scheint sie jedoch nicht zu bedenken, dass die dort ausharrenden Personen nicht gezwungen wurden, sich nach Europa und vor allem nach Deutschland auf den Weg zu machen und dass Lukaschenko dieses Spiel bei einer etwaigen Aufnahme der Migranten nahezu unbegrenzt weitertreiben könnte. Nicht nur, dass die aggressiven Grenzstürmer freiwillig zur polnischen Grenze ausgereist sind; sie bleiben auch freiwillig dort. Denn längst haben Herkunftsstaaten wie der Irak Rückflüge organisiert und angeboten.

Dennoch: Auch die Fraktionsvorsitzende der sächsischen Grünen, Franziska Schubert, forderte eine „gute und sichere Unterbringung unter Corona-Bedingungen“. Danach habe eine rasche Verteilung in Deutschland und auf die Kommunen zu erfolgen.

Gleichermaßen setzte sich die Organisation „Pro Asyl“ dafür ein, „den Zugang zu Asyl zu wahren, Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Versorgung sicherzustellen“, woran sich EU und Polen nun zu halten hätten.

Offene Grenzen und Sozialstaat schließen sich aus!

Das Beispiel Weißrussland zeigt eindeutig: (Gesteuerter) Massenmigration kann nicht mit endlosen Aufnahmefantasien und deutlich überzogenen Sozialleistungen für Asylbewerber begegnet werden. Offene Grenzen und Sozialstaat schließen sich aus! Wer sich von Machthabern wie Lukaschenko nicht erpressen lassen will, muss klare Kante in der Asyl- und Migrationspolitik zeigen und die eigenen Grenzen schützen.



**Deutschland.
Aber normal.**



„GRÜNE RAF“:

RADIKALISIERUNG DER KLIMAAKTIVISTEN?

Schlafen die Sicherheitsbehörden?

In einem erschreckenden Interview mit einem großen deutschen Nachrichtenmagazin hat der Klimaaktivist Tazio Müller von einer Radikalisierung der Klimaproteste gesprochen. Möglich sei sogar eine „grüne RAF“, die zukünftige Zerstörung von PKW und beispielsweise Pipelines nannte Müller „Notwehr“.

Radikalisierung wahrscheinlich: Militante Klimabewegung oder grüne RAF?

Der Klimaaktivist Tazio Müller beschreibt im vorliegenden Interview seine Vermutung, dass sich die Klimaproteste mit hoher Wahrscheinlichkeit radikalieren werden. Der 45-Jährige begründet dies mit einem Versagen der Politik beim Klimaschutz. Die Bewegung habe nun die Möglichkeit, sich „zwischen Irrelevanz und Militanz zu entscheiden“. Sogar von moderateren Akteuren der Bewegung würden „zerstörte Autos, Sabotage in Gaskraftwerken oder an Pipelines“ für den nächsten Sommer nicht mehr ausgeschlossen. Müller selbst bezeichnete im Gespräch Sabotageakte und das Zerstören von Autos als „mittlerweile Notwehr“.

„Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“

Enttäuscht zeigte sich der Klimaaktivist über das Bundestagswahlergebnis der Grünen. Diese hatten

im September nur 14,8 Prozent erreicht und ihr Ziel, den nächsten Bundeskanzler zu stellen, klar verpasst. Müller wirft der Bevölkerung in einem Interviewteil vor, den Klimaschutz nicht für wichtig genug zu nehmen.

Es sei daher legitim, „Dinge kaputt zu machen“.

Im weiteren Verlauf geht Müller sogar von militanten Aktionen und Gefängnisaufenthalt für Aktivisten aus: „Ein kleiner Teil wird in den Untergrund gehen“, so Müller, „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF. Oder Klimapartisanen. Oder Sabotage for Future. Wie auch immer sie sich dann nennen“.

Einen anderen Weg sieht der 45-Jährige nicht: „Wir haben einfach keine anderen Optionen mehr. Wir haben alles probiert.“ Jeder Bürger müsse sich klarmachen, dass die Sabotage vielleicht nicht „in ihrem Sinne, aber in ihrem Interesse“ sei.

Bald auf die Mütze: Knallharte Drohungen

Müller hatte im Interview zugegeben, dass das militante Klima-Bündnis „Ende Gelände“ bereits Pläne für Sabotageakte habe. Zudem droht er der Gesellschaft: „Wenn es keinen Klimaschutz gibt, gibt es bald auf die Mütze“.



Rückblick:

Linker Online–Mob attackierte Frankfurter Buchmesse

Ende Oktober kochten die Schlagzeilen über: „Rassismus“, „rechte Verlage“, „Absage aus Angst“!

Die bloß einen Katzensprung von Mainz stattfindende Frankfurter Buchmesse sorgte weltweit für Aufsehen. Was diese Aufmerksamkeit auslöste, könnte man als Anatomie eines Reißbrettscandals bezeichnen. Denn in die Schlagzeilen – sogar die Washington Post berichtete – schaffte es die Messe nicht etwa dank der Genialität eines dort erstmals veröffentlichten Meisterwerks der Literatur, das seine Leser zu begeistern weiß. Nein, für rege Aufmerksamkeit sorgte eine politisch korrekte Marketinginszenierung der Twitter-Aktivistin Jasmina Kuhnke.

„Jasmina wer?“, dürfte man sich fragen. Mit Literatur oder anderen Fähigkeiten jenseits der künstlichen Empörung über den Kurznachrichtendienst Twitter ist die Dame bislang jedenfalls noch nicht aufgefallen.

Schwarze „Trümmerexistenz“

Genau dies aber dürfte für die ganze Geschichte ursächlich sein. Was war geschehen: Besagte Jasmina Kuhnke, von der etablierten Presse und linken Netzwerken als „Comedy-Autorin“ und „schwarze Aktivistin“ geadelt, hatte offenbar ein Buch geschrieben. Einen wohl autobiografisch angehauchten Roman, der das Leben einer Trümmerexistenz darstellen soll und aufzeigen

will, wie schwer es Personen wie Frau Kuhnke in unserem Land hätten. So weit, so langweilig. Doch dann, kurz vor der Buchmesse, gab der Jungeuropa Verlag, ein nonkonformer und rechtsintellektueller Verlag aus Dresden, bekannt, dass er auf der diesjährigen Buchmesse als Aussteller auftreten werde.

Dies blieb offenbar auch Frau Kuhnke nicht verborgen, die vorhatte, ihren Roman dort erstmals groß der Öffentlichkeit vorzustellen. Was zur Bewerbung eines neuen popkulturellen Ergusses ungemein hilft, auch in finanzieller Hinsicht, das ist ein öffentlicher Aufschrei, Empörung. Und wie jeder weiß, gibt es dazu nichts Einfacheres, als die Keule „gegen rechts“ und vermeintlichen „Rassismus“ samt trauriger Kulleraugen.

Boykottaufrufe über Twitter

Gesagt, getan. Jasmina Kuhnke, selbst teilweise mit afrikanischen Wurzeln ausgestattet, drückte den leichtesten Knopf der Empörung und twitterte los. Ihr bleibe nur „Mittel des Boykotts, um [sich] als Schwarze Frau zu schützen.“ „Schwarz“ großgeschrieben, um noch einmal die eigene Herkunft als politisch-soziale Kategorie von den bösen Deutschen der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen.

Die Präsenz von Andersdenkenden auf der Buchmesse (!), so Kuhnke, sei eine für sie persönlich

„unübersehbar gegenwärtige“ Gefahr. Denn schon unter normalen Umständen, fantasierte sie, sei ihre ohnehin im Geheimen geplante Buchvorstellung „wegen der Bedrohung durch Rechte nur unter besonderen Schutzmaßnahmen möglich.“ Sie rief auch andere zum Boykott auf.

Empörungsalarm der Medienlandschaft

Die phrasenreiche Absage, natürlich per Twitter an die Öffentlichkeit gemeldet, drückte jeden Knopf der Empörungsalarmisten in Presse, Funk und Fernsehen. Zahlreiche weitere D-Promis sprangen auf den Zug auf und sagten ebenfalls ihren Besuch der Buchmesse ab. Zum Verdruss der Empörten wollte die Buchmesse aber partout keinen Verlag von der Messe verbannen. Zwar bedauerte man die Absagen, weil deren „Stimmen gegen Rassismus und ihr Eintreten für Diversität auf der Frankfurter Buchmesse fehlen [werden]“, allerdings wollte man niemanden ausschließen, dessen Verlagsprogramm nicht gegen Gesetze verstoße.

Trotz Druck und Boykott: Organisatoren blieben demokratisch

Eine in einer normalen Demokratie wohl banale Feststellung. Immerhin stellen auf der Buchmesse regelmäßig Verlage jeder noch so abseitigen Couleur aus. Etwa Verlage islamistischer Splittergruppen sowie skurrile Buchhäuser aus den Reihen des Steinzeitkommunismus. Was ist eine Buchmesse auch wert, die keine Widersprüche aushielte? Zumal einen von jungen Idealisten mit viel Herzblut aufgebauten Verlag, dessen Stand auf der Buchmesse immerhin ganze 8 (!) Quadratmeter einnehmen sollte.

Unbewiesene „Bedrohungslage“

Beweise für eine konkrete Bedrohung auf der Buchmesse waren natürlich Fehlanzeige. Gemeinhin ist indes anzumerken, dass für die meisten extrem linken Diversity-Aktivistinnen bereits minimaler Widerspruch gegenüber ihren Unsinnsvorstellungen als „Angriff“ und „Gewalt“ gilt.

Erwartungsgemäß stand der linke Mob im Internet gleich Gewehr bei Fuß. Was folgte, war eine tagelange Pseudoempörung der üblichen Linksblase gegen alles und jeden. Gegen die Buchmesse, denn die würden ja „Nazis“ einen Raum geben. Gegen jeden, der es wagte, auf die mangelnde tatsächliche Bedrohung hinzuweisen.

Gegen jeden, der die Buchmesse als Marktplatz der Ideen von einer politisch-ideologischen Nabelschau abgrenzte. Und gegen die Meinungsfreiheit, denn die dürfe man nicht für jeden gelten lassen.

Was passieren würde, wenn dieser Mob die Grenzen der Grundrechte in Deutschland bestimmen könnte, das kann man sich nur allzu leicht vorstellen. Außerdem, die „bösen Rechten“. Die hätten doch bereits auf der Buchmesse 2017 für Randalie gesorgt, betonten die linken Oberdemokraten und ihre Claqueure in der Presselandschaft im Chor. Indes wurde verschwiegen, was 2017 wirklich auf der Buchmesse los war.

Linke Tatsachenverdrehung

Keineswegs hatten dort „Rechte randaliert“. Vielmehr hatte die linke Empörungskultur den gewalttätigen Mob der Antifa auf den Plan gerufen, der prompt loslegte und alle Andersdenkenden und deren Veranstaltungen angriff und niederbrüllte.

So viel zur Wahrheitsliebe. Und auch diesmal blieb jegliches Gejammer über die „rechte Gefahr“ als paranoide Aufmerksamkeitsucht entlarvt. Selbstverständlich. Immerhin konnte schon der Schriftsteller Salman Rushdie unbehelligt auf Frankfurter Buchmessen auftreten. Und gegen den britisch-indischen Autor lagen zahlreiche Morddrohungen und Todesurteile vor, die mit Kopfgeldern in Millionenhöhe unterfüttert waren.

Gerade gegenüber allen Menschen, die tatsächlich von politischer Gewalt betroffen sind, dürfte dieser PR-Gag ein Schlag ins Gesicht sein. Finanziell gelohnt haben dürfte er sich jedenfalls trotzdem. Denn mit der billigen Empörung über herbeifantasierte Bedrohungen und vermeintlichen Rassismus lässt sich in der gegenwärtigen politisch-kulturellen Landschaft insbesondere eines tun: die schnelle Mark absahnen.

Dies sei aber natürlich alles gerechtfertigt. Denn wie jeder weiß, sind linkslinke Diversity-Aktivistinnen mit ausländischen Wurzeln ja besonders marginalisiert und ausgegrenzt. Das beweisen nicht zuletzt die an den Rand gedrängten Medienkanäle, auf denen Jasmina Kuhnke und ihr Mob ihre hysterischen Anliegen präsentieren dürfen: in den Hauptnachrichten und auf allen großen Sendern der Republik. Das Leben als Märchen – nämlich als Prinzessin auf der Erbse.



Interview mit Philip Stein: **Politische Vorfeldarbeit**

Wir führten ein Interview mit Philip Stein, Gründer des patriotischen Netzwerks „Ein Prozent für unser Land“. Darüber hinaus betreibt er den „Jungeuropa Verlag“ für nonkonforme Literatur. Philip Stein ist in verschiedenen Bereichen des vopolitischen Raumes tätig.

Herr Stein, seit 2016 leiten Sie die Bürgerinitiative „Ein Prozent“. „Ein Prozent“ versteht sich im patriotischen Spektrum als außerparlamentarischer Akteur. Inzwischen hat es die AfD aber in sämtliche Parlamente geschafft. Könnte sich Ihr Verein jetzt nicht auflösen, denn nun hat man doch eine Kraft im Parlament?

„Nein, keineswegs!

Dieser Ansicht liegt leider ein falsches Verständnis von Politik zugrunde. Dass es die AfD in die Parlamente geschafft hat, ist ein wichtiger Schritt für das patriotische Lager, keine Frage. Aber hier fängt die Arbeit doch erst an. Die Fraktionen und Abgeordneten tun ihren Teil, stellen Anfragen, rufen Untersuchungsausschüsse ins Leben oder führen die Altparteien durch scharfe Reden vor. Und wir, das heißt, die „außerparlamentarische Opposition“, wir machen das, was wir gut können. Wir erledigen eben unsere Aufgaben.“

Warum ist das außerparlamentarische Vorfeld so wichtig, auch für Parteien?

„Sehen Sie, Politik „endet“ eben nicht im Parlament und sicherlich auch nicht in der Regierung. Politik beginnt vor allem auch nicht im Parlament.“

Bürger wenden sich – grob gesagt - einer Partei zu, weil sie ihren Idealen entspricht. Weil sie die relevanten Themen so beantwortet, wie es sich ein Bürger auch wünscht. Aber zuvor muss ein Thema überhaupt erst ins Volk getragen werden und auch die Antworten müssen in der öffentlichen Wahrnehmung debattiert werden.

Außerparlamentarische Akteure sind dafür eine Art Verstärker, denn sie erreichen auch dort die Menschen, wo diese sich nur am Rande für klassische Parteipolitik interessieren.

Wichtige Gesellschaftsprozesse und Entscheidungen sind in der Regel im vopolitischen, außerparlamentarischen Raum längst vorentschieden, bevor sie parlamentarisch umgesetzt werden. Ihr Boden ist bereits bereitet. Und deswegen müssen auch patriotische, nichtlinke Akteure dort mitmischen. Dafür gibt es die Initiative EinProzent.“



Welche Aufgaben sind das, die Sie in diesem vorpolitischen Raum übernehmen?

„Wer sich einmal auf www.einprozent.de umsieht, wird feststellen, dass wir eine Reihe von Projekten anschieben oder angeschoben haben, die die Partei entweder nicht leisten kann oder will. Sehen Sie sich nur einmal die zahlreichen Video-Dokumentationen an. Hier wurde unabhängig recherchiert und mit teurer Technik professionelle Berichte geschaffen, etwa 2018 über die „Flüchtlings“-Ströme über Malta. Eines unserer Teams hat wochenlang Fakten gesammelt, ist auf die Insel geflogen, hat mit Anwohnern gesprochen, den Ansturm dokumentiert und die Flotte an Schlepperschiffen bei ihrem Treiben beobachtet. Diesen Aufwand brauchen Sie vom SWR nicht erwarten, von uns aber schon. Wir bringen also u.a. die unbequemen Nachrichten, die unsere Bürger in den Mainstream-Medien vorenthalten bekommen.

Ein anderes Beispiel ist der Solifonds, ein Projekt, bei dem großflächige Spenden helfen sollen, Schäden finanziell aufzufangen, die etwa durch linksextreme Anschläge verursacht werden. Also: Jemand wird politisch aktiv und kriegt dafür sein Auto angezündet – man kennt das ja, Oppositionsarbeit im besten Deutschland, das wir je hatten. Wenn wir schon nicht auf Hilfe vom Staat warten müssen, dann müssen wir das selbst übernehmen. So soll der Betroffene nicht alleine dastehen, sondern Hilfe bekommen. Schnell und unbürokratisch. Das ist der Solifonds. Der hätte sicherlich auch von einer Partei

initiiert werden können. Nur hat das dort eben niemand getan. Wir haben's gemacht.“

Wie könnte man dann die Arbeit von „Ein Prozent“ in wenigen Worten zusammenfassen?

„Allein an den beiden genannten Beispielen wird deutlich, wie vielfältig unsere Betätigungsfelder sind.

Generell lautet die Idee hinter „Ein Prozent“ einfach, Heimatverbundenheit als Idee professionell und seriös aufzuarbeiten und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Die Wege sind dabei recht verschieden. Wir setzen viele Projekte selbst um, etwa unsere Video-Dokumentationen, das Faktenformat „Wir klären das!“ oder eben den Solifonds. Oder wir bringen die Informationen auf unserem Blog oder über unsere kostenfreie „Asylfakten“-Studie unters Volk.

Aber wir lassen uns natürlich auch gern bequatschen. Soll heißen, jemand kommt mit einer guten Idee und einem Plan, wie man das umsetzen könnte und wir finanzieren das dann. Oder leisten anderweitig Unterstützung, etwa per Öffentlichkeitsarbeit.

So ist das etwa bei einem nicht mehr zu nennenden Computerspiel passiert, das ein Entwickler selbständig programmiert hat und wir haben ihm in dieser Zeit sozusagen ein Beigeld bezahlt, damit er sich diesen Luxus, eine Spieleentwicklung, auch leisten kann.

Mit Erfolg: Das Spiel wurde etwa 50.000 Mal heruntergeladen, bevor es die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf den Index gesetzt hat. Jetzt zirkuliert das Spiel unter der Hand im Internet und ist sicherlich auf hunderttausenden Rechnern zu finden. Das würde ich einen Erfolg nennen.“

Das heißt, jeder kann sich an Sie wenden?

„Naja, jeder, der ein sinnvolles Projekt oder ein ehrenwertes Anliegen hat.“

Der Fall Marcus H. war uns etwa eine Herzensangelegenheit. Da ist der Vater Karsten aus Wittenberg (Sachsen-Anhalt), dessen Sohn Marcus am helllichten Tag von einem Asyl-Migranten totgeprügelt wurde. Die Staatsanwaltschaft wollte das Verfahren gegen den Täter schon einstellen, wegen angeblicher Notwehr. Wir haben eine umfangreiche Dokumentation und viele kleine Videos und Recherchebeiträge dazu veröffentlicht, die AfD hat parallel dazu im Landtag in Sachsen-Anhalt Druck gemacht – genau so soll das sein! Man ergänzt sich dort, wo es sinnvoll ist, ansonsten hat jeder sein eigenes Feld, das er beackert.

Stellen Sie sich das vor: Da ist die konservative Zeitschrift, der rechte Comicverlag, die patriotischen Abgeordneten im Parlament, der Theoretiker, der neue Ansätze für heimatverbundene Politik erarbeitet und, und, und. Wie Zahnräder, die ineinandergreifen. Und für uns Patrioten entsteht um diese ganzen Projekte herum ein ganzer Kosmos, in den wir eintauchen können, wo man sich nicht verstecken muss und für seine Meinung nicht angegriffen wird.

Natürlich können auch die Abgeordneten auf unsere Fähigkeiten zugreifen. Man nehme als Beispiel unser Youtube-Format „Wendzeiten“. In unserer ersten Folge haben wir Björn Höcke interviewt. Professionell, seriös, wie im ZDF, wenn der Sender mal so etwas wie Pflichtgefühl hätte, wirklich ausgewogen und fair zu berichten. Bei uns dann aber eben ohne die nervigen Unterbrechungen und kleinen Tricks, um den AfD-Politiker, wie bei den Öffentlich-Rechtlichen, aus politischer Motivation dumm dastehen zu lassen. Man sollte sich einfach aussprechen lassen. Das funktioniert doch. Auch darüber hinaus bieten wir fast alle Dienstleistungen an, auf die man für seriöse, fundierte und professionelle politische Arbeit zurückgreifen möchte.

Nun ist es aber so, dass ihr Verein auch ziemlich in der Kritik steht. Würde damit das die Anliegen anderer Akteure, also etwa der AfD und ihrer Abgeordneten, nicht kontaminiert?

Na, glauben Sie, die Angriffe von links oder von staatlicher Seite auf die AfD würden plötzlich aufhören, wenn niemand mehr mit mir sprechen würde? Das ist doch Quatsch und war es immer schon. So würde nur die Salomitaktik der Etablierten aufgehen und ein Keil zwischen uns getrieben. Genau so will man die Opposition doch spalten. Nein: Linke Journalisten und Verfassungsschutzbeamte recherchieren über uns, gerade weil wir eine Gefahr für das Establishment darstellen. Genauso ist es bei der AfD. Die AfD wird ja selbst von dieser Behörde angeprangert. In Rheinland-Pfalz wird die AfD-Jugend „beobachtet“, weil sie „pauschale Kritik an der Regierung“ übt. Ja, es ist offenkundig, dass das Treiben dieser Behörde politisch motiviert ist. Dennoch: Eine zahnlose, sich anbietende Partei, die über jedes sich bietende Stöckchen springt, wird doch gar nichts in diesem Land verändern. Deswegen schätze ich das angesprochene Konzept vom rechten Betrieb als Zahnräder in einem Uhrwerk so: Wenn wir alle so zusammenarbeiten, dann brauchen wir da draußen niemanden. Dann brauchen wir keine BILD, dann brauchen wir keine „konservative“ CDU, keinen Friedrich Merz und keinen Julian Reichelt. Die kommen dann zu uns. Und es wäre besser, wir würden sie dann abweisen. Denn das sind Fähnchen im Wind. Wir nicht. Wir sind Überzeugungstäter.

Sehr geehrter Herr Stein, wir bedanken uns für das Gespräch!



EINPROZENT **SOLIFONDS**

Wir machen jetzt was dagegen:

Gewalt, Brandanschläge, Farbangriffe und Denunziation sind zum Alltag im „besten Deutschland, das wir je hatten“ geworden.

Aber hier kommen wir ins Spiel:

Kein Gerede, sondern Geld und Unterstützung für diejenigen, die wirklich betroffen sind!

Jetzt unterstützen!

**Unterstützen Sie jetzt den Solifonds und werden Sie Teil einer Zivilgesellschaft, die Betroffenen von heimatfeindlicher Gewalt schnell und unkompliziert hilft. Jeder Euro zählt und kommt hundertprozentig dort an, wo er gebraucht wird.
Jeder kann helfen!**

Mehr Infos unter:

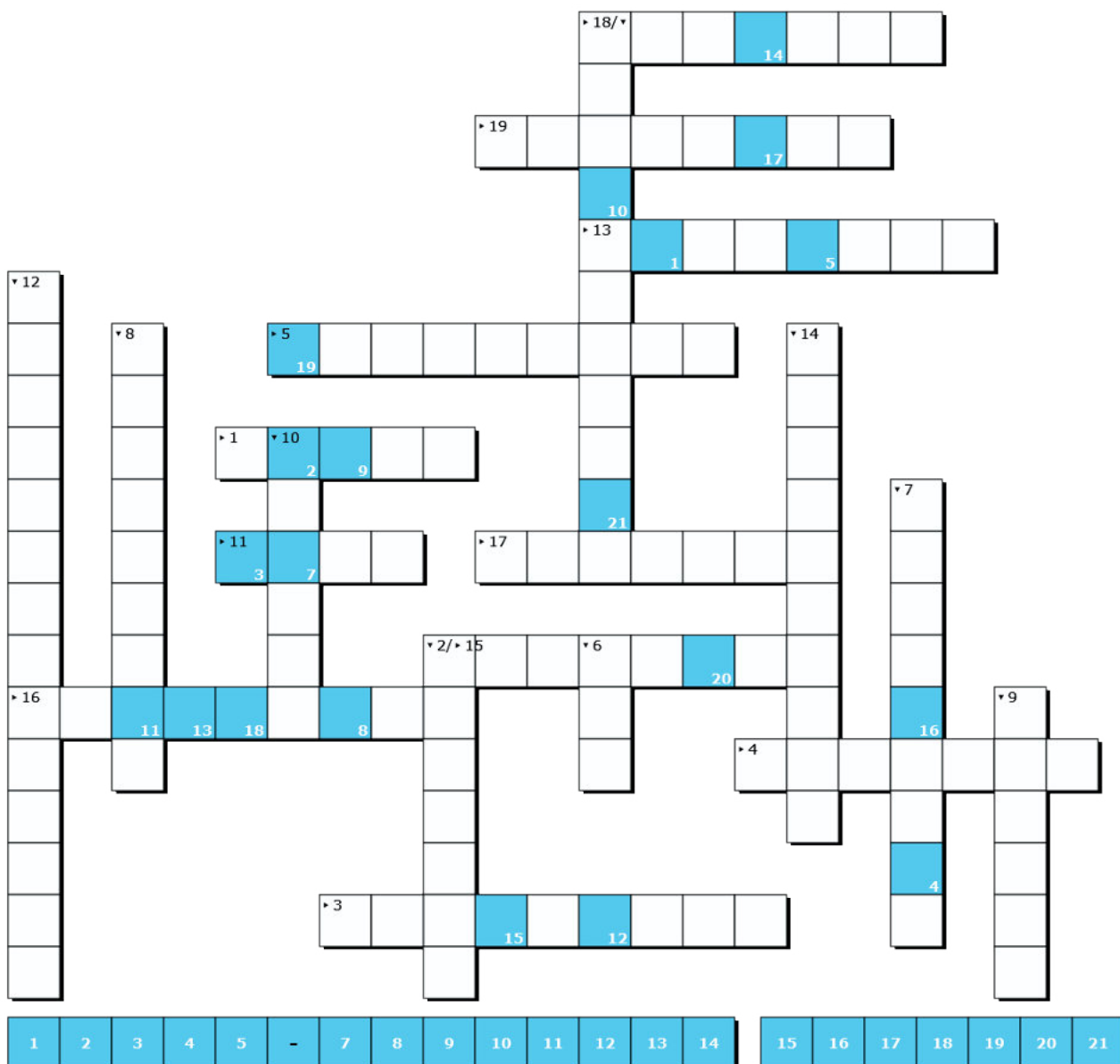
www.solifonds.me



ERMÖGLICHT DURCH EINPROZENT.
SO GEHT ZIVILGESELLSCHAFT

Rätsel

1. Unter welchem Pseudonym ist die neue Bundesregierung bekannt?
2. Welches Bundesland erzielte das beste AfD-Ergebnis bei der Bundestagswahl?
3. In welcher Stadt soll der Bundesparteitag der AfD im Dezember stattfinden?
4. Welcher AfD-Bundessprecher tritt nach sechs Jahren an der Spitze der Partei nicht mehr an?
5. Wie heißt der neue Landesvorsitzende der AfD-Bayern?
6. Neu im Bundestag sitzt für die AfD eine Frau, die leitend in der Automobilbranche tätig war, nämlich ...?
7. Über die AfD-Landesliste in Rheinland-Pfalz zogen in den Bundestag ein: Münzenmaier, Höchst, Bleck und ...?
8. Die Buchmesse, auf der es zu einem Eklat wegen eines kleinen Verlags „Jungeuropa“ kam, fand wo statt?
9. Die neuen Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion sind Chrupalla und ... ?
10. Neue stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion sind Kleinwächter und ... ?
11. Wie hieß der Wahlkampfmanager der CDU (Ziemiak) mit Vornamen?
12. Wie viele Abgeordnete umfasst die neue AfD-Fraktion im Bundestag (in Worten)?
13. Im Jahr 2022 finden vier Landtagswahlen statt. Die erste ist im ...?
14. In diesem Bundesland steigerte die AfD ihr Bundestagswahlergebnis im Vergleich zur Wahl 2017.
15. So viele Direktmandate holte die AfD bei der Bundestagswahl.
16. Das beste Erststimmenergebnis aller AfD-Kandidaten holte ... ?
17. Welcher FDP-Politiker schloss eine allgemeine Impfpflicht gegen Corona im ZDF nicht explizit aus?
18. Gegen welchen Bayern-Spieler fand eine mediale Hetzjagd bezüglich der Corona-Impfung statt?
19. Welche Grünen-Politikerin wurde als erstes als Außenministerin nominiert?
20. Welcher Ministerpräsident aus Südwes forderte eine allgemeine Impfpflicht?





Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens

sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter:

sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

Antworten für das Kreuzwörterseil: 1. AMPEL | 2. SACHSEN | 3. WIESBADEN | 4. MEUTHEN | 5. PROTSCSKA | 6. HUY | 7. SCHÄTTER | 8. FRANKFURT | 9. WEIDEL | 10. MAZGA | 11. PAUL | 12. ZWEIUNDACHTZIG | 13. SAARLAND | 14. THUERINGEN | 15. SECHZEHN | 16. CHRUPALLA | 17. LINDNER | 18. KIMMICH | 19. BAERBOCK | 20. KRETSCHMANN

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier
Mitglied des Bundestags
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin



M SEBASTIAN 
MÜNZENMAIER